

„Gesichert rechtsextrem“

Bundesamt für Verfassungsschutz im Mai 2025

Erster Teil

© Collage: Didactmedia GmbH



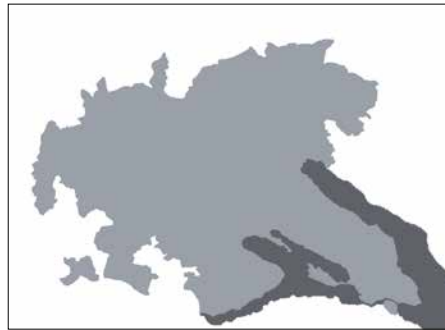
**Die AfD
im Kreis Konstanz
und ihre rechtsradikalen
Netzwerke.**

Artikel 21 Abs. 2 GG

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“

**Sage niemand,
er oder sie
habe es nicht gewusst.**

Die *AfD* im Kreis Konstanz und ihre rechtsradikalen Netzwerke.



© 2026, Text von Jürgen Weber (Hrsg.)

Rechercheteam
Bündnis „Konstanz für Demokratie – klare Kante gegen rechts“.
Wolfgang Moßmann und Jürgen Weber

Impressum

Herausgeber und verantwortlich i.S.d.P.:
Jürgen Weber, Journalist (dju)
Medienbüro Jürgen Weber
Line-Eid-Straße 11, 78467 Konstanz
info@juergenweber.eu

1. Auflage: 3.000
© 2026

Unterstützung:
Rechercheteam des Bündnisses Konstanz für Demokratie –
klare Kante gegen rechts, Wolfgang Moßmann
AG Kommunikation und Medien des Bündnisses Konstanz für Demokratie –
klare Kante gegen rechts, Dani Kabelitz, Daniela Frey und Inga-Annett Hansen
apfelX GmbH, Allensbach

Kooperationspartner:



Bündnis HÖRI
GEMEINSAM FÜR DEMOKRATIE



Inhalt

Vorwort	4
Die Anfänge der Partei und die Gründungszeit im Landkreis Konstanz	9
Die junge <i>AfD</i> im Landkreis: Von Antisemitismus bis Psychosekte	12
PORTRAIT: Dr. Wolfgang Gedeon	14
Würden Sie diese Leute wählen?	16
Bernhard Eisenhut tritt Gedeons Erbe an	19
PORTRAIT: Bernhard Eisenhut	22
Ein „Hauen und Stechen“ in den Ortsverbänden und im Kreisverband	24
ZEITGESCHEHEN: Politische Säuberung	28
Straftäter in Vorstand und Gemeinderat gewählt	34
ZEITGESCHEHEN: Die „Ehre des deutschen Soldaten“ – die <i>AfD</i> will das Heldengedenken wiederaufleben lassen	38
<i>Identitäre Bewegung</i> im <i>AfD</i> -Kreisverband Konstanz	40
Alter Wein aus neuen Schläuchen – <i>Generation Deutschland</i>	48
Social Media am Beispiel Axel Politz	49
Die <i>AfD</i> im Bodenseekreis	51
Verfassungsschutzbericht: Die Entwicklung der <i>AfD</i> im Land	59
Landtagswahl am 8. März 2026	60
PORTRAIT: Markus Frohnmaier	61

Vorwort

„Die *AfD* im Kreis Konstanz und ihre rechtsradikalen Netzwerke“ ist der erste Teil einer umfassenden Recherche zur *AfD*, ihrem Umfeld und den Verbindungen zur rechtsradikalen Szene in der Region.

Das Rechercheteam des *Bündnisses Konstanz für Demokratie – klare Kante gegen rechts* hat rund ein Jahr die *AfD*, ihr Umfeld sowie deren „Vorfeld“, die rechtsradikale Szene in der Region, beobachtet und Fakten gesammelt, gecheckt und analysiert.

Das Team hat dabei Medienberichte ausgewertet, Mitteilungen der *AfD* und das Auftreten der Kreistagsfraktion beobachtet, die Aktivitäten und Webseiten rechtsradikaler Organisationen in der Region und deren Verbindungen zur *AfD* dokumentiert, Akteur:innen im Umfeld der *AfD* unter die Lupe genommen, sich mit seriösen Redaktionen ausgetauscht und mit Informationsquellen und den Sicherheitsbehörden gesprochen.

Dies ist nun ein Teil der Ergebnisse des Rechercheteams, die der Konstanzer Journalist und, Filmemacher Jürgen Weber zusammengefasst hat und mit dieser ersten Publikation herausgibt.

Die Umsetzung wäre ohne die Unterstützung der Demokratie-Bündnisse und der *Omas gegen rechts* im Landkreis Konstanz als Kooperationspartner nicht gelungen. Herzlichen Dank an alle.

Das *Bundesamt für Verfassungsschutz* stuft die *AfD* im Mai 2025 als „gesichert rechtsextrem“ ein, wogegen die *AfD* klagt. Nach unserer Recherche im Landkreis kommen wir zum gleichen Ergebnis wie das Bundesamt. Ganz gewaltig im Austeilen, aber ganz schwach im Aushalten von Meinungsfreiheit, so erleben wir die *AfD*.

Bei Konfrontation mit ihren extremen Positionen begeben sich die Akteur:innen der Partei ganz schnell in die Opferrolle und inszenieren sich als Verfolgte von Medien, des politischen Konkurrenten und der demokratischen Zivilgesellschaft. Es gehört zur Strategie der *AfD*, reflexartig den Spieß umzudrehen und ihre Kritiker:innen als „demokratiefeindlich“ zu diskreditieren oder als „Faschisten“ zu beleidigen. Weite Teile der Anhängerschaft zeigen sich als unkritische Gläubige der Lügen aus der *AfD* und deren Umfeld und ignorieren die Fakten. Das liefert den Nährboden zur Spaltung unserer pluralistischen Gesellschaft und für einen Systemwechsel, den die Partei verfolgt.

Eine starke Zivilgesellschaft wird aber nicht ausreichen, um einen Umbau des politischen Systems durch die *AfD* und Rechtsextreme in Deutschland zu verhindern. Wir brauchen demokratische Medien, die den Machenschaften der extremen Rechten bis auf den Grund gehen. Wir brauchen Politiker:innen, die sich mit den Positionen der *AfD* auseinandersetzen, dagegenhalten und nicht eine „bessere“ *AfD*-Politik machen wollen. Wir brauchen Institutionen, die eine angeblich verpflichtende „Neutralität“ zu

Verfassungsfeinden aufgeben und ihren Eid und die Verpflichtung zur Verfassung ins Zentrum ihres Handels stellen. Wir brauchen Häuser der Kultur und Bildung, die Stellung beziehen und nicht vor dem Kulturkampf der AfD und deren Akteur:innen einknicken.

In allen Teilen von Medien, Politik und Gesellschaft brauchen wir mehr Zivilcourage, um den Angriff auf unsere Demokratie abzuwehren. Bei aller Bedrohung dürfen wir aber nicht vergessen: Wir sind rund 80 Prozent. Wenn wir alle zusammenhalten, sind wir demokratisch eine starke Macht und bilden eine unüberwindbare Brandmauer. Die AfD und ihr erreichbares Viertel der Wählerstimmen von der Macht fernzuhalten, ist demokratisch. Verfassungsfeinde nach Artikel 21 des Grundgesetzes zu verbieten ist keine politische Entscheidung, sondern eine verfassungsmäßige Pflicht, über die einzig das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden hat. Die Voraussetzungen dafür müssen endlich geschaffen werden.

Im vorliegenden Magazin fasst Jürgen Weber die Recherche über die AfD und ihre Verbindungen in die rechtsradikale Szene in der Region zusammen. Er geht dabei auf die Entwicklung Richtung rechtsextrem des Kreisverbands ein und blickt in den Bodenseekreis, den Wahlkreis der AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel.

Im Laufe des Jahres wird auch der zweite Teil der Recherche veröffentlicht, in dem Wolfgang Moßmann die rechtsradikalen Organisationen *Identitäre Bewegung (IB)*, *der Dritte Weg* und die Schweizer Neonazis *Junge Tat* mit ihren Aktivitäten in der Region abbildet. Jürgen Weber geht auf die *Reichsbürgerszene* mit ihren Waffendepots in der Region ein.

Zudem thematisiert der zweite Teil das Umfeld der AfD. Was hat *Gegenwind* auf der Höri damit zu tun? Plattformen wie das *Konstanzer Stadt-geschehen* werden eingeordnet. Die selbster-nannten „Alternativ“-Medien werden hinterfragt: Wer und was stecken hinter Burkhard Müller-Ullrichs *Kontrafunk* in Steckborn? Die rechtsextreme Führungsfigur der IB, Martin Sellner, ist nicht nur bei *Kontrafunk*, sondern auch bei der Überlinger *Stattzeitung* Gast. Wem und welchen Inhalten gibt die Macherin Stef Manzini noch ein Forum? Wie ist das Online-Magazin *Der Sandwirt* vom Organisator des *Stuttgarter Bürgergipfels*, Oliver Gorus aus Moos, in der Szene einzuordnen? Auf diese und weitere Fragen gibt das Rechercheteam dann Antworten.

Die Recherchearbeit ist ehrenamtlich und die Veröffentlichungen ohne staatliche Unterstützung und nicht von Parteien finanziert. Einzig Spenden aus der Zivilgesellschaft tragen das Projekt und die Finanzierung dieses Magazin als Teil unserer Bildungsarbeit.

Wir bitten Sie daher um eine Spende unter <https://konstanz-fuer-demokratie.de/aktiv-werden/#spenden>. Vielen Dank.

Wolfgang Moßmann und Jürgen Weber
für das Rechercheteam des Bündnis Konstanz
für Demokratie – klare Kante gegen rechts

**DU SIEHST
ES DOCH
AUCH.**

#JetztMalEhrlich

AfD

BW 



Erster Teil

Die *AfD* am Bodensee – zerstritten, zum Teil kriminell und rechtsextrem.

Einschätzung des Rechercheteams

Die Anfänge der Partei und die Gründungszeit im Landkreis Konstanz

Die Partei *Alternative für Deutschland (AfD)* wurde am 6. Februar 2013 im hessischen Oberursel gegründet. Auf ihrem sogenannten Berliner „Gründungsparteitag“ am 13. April 2013 wählten die Teilnehmenden Frauke Petry, Bernd Lucke und Konrad Adam zu Sprecher:innen des ersten Parteivorstandes. Der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke wurde ihr erster Vorsitzender.

Die Partei galt damals als „eurokritisch“, „liberal konservativ“ und „rechtspopulistisch“. Sie war aber von Beginn an auch Sammelbecken und Hoffnungsträgerin für extreme Rechte aller Schattierungen. Nach und nach haben sich völkisch-nationale und rechtsradikale Akteur:innen innerhalb der Partei durchgesetzt. Nach Einschätzung des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg vertreten extremistische Kräfte in der AfD im Bundesland ein ethnisch homogenes Volksverständnis. Vor dem Hintergrund der hier dokumentierten Vorgänge im Landkreis Konstanz sehen wir deutliche Anhaltspunkte für rechts-extreme Positionen.

In Baden-Württemberg setzten sich schnell Rechtsradikale durch

Die Gründung der AfD in Baden-Württemberg vollzog sich am 22. April 2013 in Karlsruhe. Fünf Tage später gründete der rechtsradikale Björn Höcke seinen Landesverband in Thüringen. Höcke amtierte dort bereits im Sommer 2013 als Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl am 22. September 2013: Die wenige Monate alte Partei scheiterte mit 4,7 Prozent bundesweit denkbar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde.



In Baden-Württemberg traten früh Akteur:innen mit völkisch-nationalen bzw. rechts-extremen Positionen in Erscheinung: Dazu zählt nach unserer Bewertung auch der heutige Vorsitzende der Landespartei, Markus Frohnmaier (siehe Seite 61).

Schon nach der Gründung der *AfD* waren in den Landesgremien Personen des sogenannten „Höcke-Flügels“ vertreten. Der Freiburger Rechtsanwalt Dubravko Mandic wurde Vorsitzender des Schiedsgerichts der *AfD* im Land. Mandic war auch Mitglied in der *Jungen Alternative* (*JA*). Die *JA* wurde im Juni 2013 in Darmstadt gegründet. Kurz danach formierte sich im Tübinger Boutiquehotel „La Casa“ der *JA*-Landesverband Baden-Württemberg.

Mandic übernahm die Verteidigung von Mitgliedern der *Gruppe S.*, die wegen rechts-terroristischer Delikte angeklagt wurden.

Zudem vertrat Mandic einen *Reichsbürger*, der wegen Mordversuchs an einem Polizeibeamten angeklagt war, und den Kopf der *Identitären Bewegung* (*IB*), den, Österreicher Martin Sellner, in der Klage gegen ein Einreiseverbot nach Deutschland.

In negative Schlagzeilen geriet Mandic als Strafverteidiger eines später verurteilten Vergewaltigers. Medienberichten zufolge erklärte er im Plädoyer, das Opfer trage durch „offenes Antanzen“ eine Mitschuld.

Das *AfD*-Gründungsmitglied und der spätere Freiburger *AfD*-Stadtrat fiel politisch immer wieder mit Aktivitäten und Aussagen mit offen rechtsradikalen und NS-verherrlichenden Inhalten auf. Nachdem Mandic bei der Landtagswahl 2021 im Wahlkreis Lörrach mit seiner Kandidatur für die *AfD* scheiterte, trat er aus der Partei aus.

≡ SPIEGEL Politik

Körperverletzung bei Handgemenge

Freiburger Landgericht verhängt Bewährungsstrafe gegen früheren AfD- Politiker

Es ging um Beleidigung und eine Attacke mit Tierabwehrspray: Das Freiburger Landgericht hat den ehemaligen AfD-Politiker Dubravko Mandic zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

19.05.2022, 13.01 Uhr



Spitzenkandidat
zur Landtagswahl 2026
Markus Frohnmaier.
2016 als Bundesvorsitzender
der aufgelösten rechtsextremen
Jungen Alternative (JA)

Die ersten Landessprecher:innen, Bernd Kölmel aus Rastatt und Elke Fein aus Freiburg, unterlagen im ersten großen Richtungsstreit im Landesverband und verließen 2015 die *AfD*. Durchgesetzt haben sich Rechtsradikale des „Flügels“ um Björn Höcke, wie der Gründer des *JA*-Landesverbands Baden-Württemberg, Markus Frohnmaier.

Der Landesverband der *JA* blieb dieser Linie treu und postete nach einem Bericht der *KONTEXT:WOCHENZEITUNG* am 23. September 2023 in einer Instagram-Story: **„Wir sind stolz, ein Teil des Systems Höcke zu sein!“** Im *JA*-Vorstand gab es eine hohe Fluktuation, weil viele als Mitarbeiter:innen oder direkt als *AfD*-Abgeordnete Karriere und so ihre national-revolutionäre Ideologie zum Job machten.



Auch der Landtagsabgeordnete Bernhard Eisenhut pflegte mit Mitgliedern der *JA Südbaden* in seinem Abgeordnetenbüro enge organisatorische Bezüge (siehe Seite 42).

In einer direkten Linie von *JA* zur *AfD* in Baden-Württemberg steht Markus Frohnmaier. Er war in beiden Organisationen Landesvorsitzender. Der gebürtige Rumäne lebt in Weil der Stadt (Landkreis Böblingen) und ist bei der Landtagswahl am 8. März 2026 Spitzenkandidat der *AfD* in Baden-Württemberg. Damit kandidiert er für das Amt des Ministerpräsidenten.

Die junge AfD im Landkreis: Von Antisemitismus bis Psychosekte

Im AfD-Kreisverband Konstanz mussten sich die extrem rechten Positionen nicht erst durchsetzen. Die Radikalen haben die Partei von Anfang an geführt. Als erster AfD-Kreisvorsitzender fungierte ab 2013 Dr. Wolfgang Gedeon (siehe Seite 14). Gedeon versuchte vor dem Landgericht Berlin zu erreichen, dass Josef Schuster, der Präsident des *Zentralrates der Juden* in Deutschland, ihn nicht mehr „Holocaustleugner“ nennen darf. Das Gericht wies seinen Antrag jedoch ab.

Bereits bevor Gedeon in die neugegründete AfD eingetreten ist, waren extrem rechte und antisemitische Veröffentlichungen und Äußerungen von ihm bekannt. Trotzdem wählten ihn die Mitglieder des Kreisverbands zu ihrem ersten Vorsitzenden und stellten ihn 2016 auch als Kandidaten zur Landtagswahl im Wahlkreis Singen auf. An seiner Seite als sein Stellvertreter und Ersatzkandidat: Steffen Jahnke, der heutige AfD-Kreisvorsitzende. Gedeons Landeslistenplatz machte ihn 2016 zum Landtagsabgeordneten, der bald bundesweites Medieninteresse erweckte. Seine Reden im Stuttgarter Landtag führten wiederholt zu Ordnungsmaßnahmen des Landtagspräsidiums. Er spaltete mit seinen antisemitischen und extremen Beiträgen die AfD-Landtagsfraktion.



Selbst nach seinem Rauswurf aus der Stuttgarter Fraktion gestaltete sich seine Abwahl im Kreis Konstanz äußerst knapp. Mit 16 zu 14 Stimmen wurde er als Kreisvorsitzender abgewählt, saß aber weiter für den Wahlkreis im Landtag. Der AfD-Kreisverband hielt über Jahre hinaus an Gedeon als Delegiertem bei Parteitag fest. Dies noch zu einem Zeitpunkt, als Parteigremien Gedeons Ausschluss bereits vorbereiteten.

In dieser Ära war auch Romuald Preisner aus Singen Mitglied im *AfD*-Kreisverband. Er kandidierte bereits bei der *NPD* im Wahlkreis Konstanz für den Bundestag und war zeitweise Kreisvorsitzender bei der Neonazi-Partei.

Wie Wolfgang Gedeon wurde auch Klaudia Kruck-Schaer in den ersten Vorstand des *AfD*-Kreisverbands Konstanz gewählt. Ihre Vita verweist auf eine Mitarbeit bei der *Gesellschaft zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (GFPM)*, einer Teilgliederung des *Vereins zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM)*. Der *VPM* ging in den 1990er-Jahren aus der sogenannten *Zürcher Schule* von Friedrich Liebling hervor. Der *VPM* trat deren Nachfolge an und entwickelte sich nach Einschätzung von Fachstellen schnell zu einem Kreis von Menschen mit extrem rechten Weltanschauungen. Vor allem Bildung und Gesundheitspolitik sah der Verein von linken Akteuren unterwandert.

Eine Verschwörungserzählung des *VPM* wird in der Online-Enzyklopädie *Wikipedia* ausgeführt. Der Verschwörung zufolge dienen staatliche Institutionen nicht der Demokratie, sondern „[...] der Umwertung zentraler kultureller Wertvorstellungen unserer Gesellschaft. Die homosexuellen Interessengruppen versuchen, ihre Vorstellungen von Sexualität, Familie und zwischenmenschlicher Beziehung sowie von Medizin und anderen Wissenschaften zur neuen vorherrschenden Norm zu erklären und der Gesellschaft aufzuzwingen.“

In einer Publikation von 2014 über den *VPM* wird der Verein von der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* mit Struktur und Merkmalen einer nach außen abgeschotteten rechten Psychosekte beschrieben. Auch nach der Auflösung des Vereins 2002 arbeiteten *VPM*-Mitglieder in verschiedenen rechtsradikalen, rechtspopulistischen, evangelikalen und rechtskatholischen Organisationen und Parteien mit. So auch die in Rielasingen-Worblingen wohnhafte Klaudia Kruck-Schaer. Laut Berichten des Konstanzer Online-Magazins *Seemoz* waren sie und ihr Ehemann Dr. Tankred Schaer „[...] in früheren Jahren im Vorstand des hannoverschen *VPM*-Ablegers *GFPM*“ aktiv und organisierten 2014 den Widerstand gegen das pädagogische Konzept der *Ten-Brink-Schule* als Gemeinschaftsschule in Rielasingen-Worblingen.

Die Eheleute unterhielten eine Buchhandlung in Rielasingen. Seit Sommer 2025 ist diese in neuem Besitz und das Sortiment geändert.



PORTRAIT

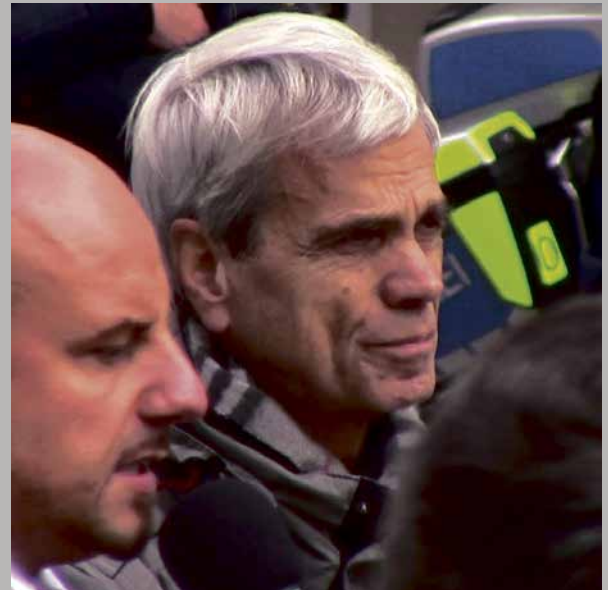
Dr. Wolfgang Gedeon

Nach der Gründung des *AfD*-Kreisverbands Konstanz 2013 amtierte Wolfgang Gedeon bis Sommer 2016 als erster Vorsitzender. Er zählte innerhalb der Partei zum völkisch-nationalen Flügel um Björn Höcke. Bei der Landtagswahl 2016 erreichte der in Rielasingen-Worblingen wohnhafte Gedeon im Wahlkreis Singen 15,7 Prozent der Stimmen und zog mit einem Zweitmandat in den Stuttgarter Landtag ein.

Geboren wurde Gedeon im oberpfälzischen Cham. Nach einem Medizinstudium arbeitete er kurzzeitig als Gynäkologe in Regensburg und betrieb bis 2005 in Gelsenkirchen als niedergelassener Allgemeinmediziner eine Praxis, die er 2005 aufgab. Er lebt seit 2006 in Rielasingen-Worblingen und bezeichnet sich als Autor.

Seine Einordnung als „Holocaustleugner“ wurde gerichtlich als zulässige Einschätzung bestätigt. Dies bestätigt ein Urteil des Landgerichts Berlin (Az: 27 O 189/17) aus dem Jahr 2018. Der Urteilspruch erging zugunsten des von Gedeon beklagten Präsidenten des *Zentralrats der Juden*, Josef Schuster. Selbiger bezeichnete Gedeon als Holocaustleugner und berief sich dabei auf die von diesem verfassten Bücher.

Bereits vor Eintritt in die *AfD* hatte der rechtsradikale Gedeon 2012 unter dem Titel „Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten“ ein antisemitisches Buch veröffentlicht. Gedeon bezeichnet darin den Islam als „den äußeren Feind“ und „die talmudischen Ghetto-Juden“ als den „inneren Feind des christlichen Abendlandes“.



CC wikipedia, StuttgartUser, 2018

Seine offen antisemitische Haltung sorgte 2016 bundesweit für Schlagzeilen. Er weigerte sich, politische Konsequenzen zu ziehen, und inszenierte sich als Opfer. Er beklagte, gegen ihn gäbe es eine „zionistische Verschwörung“.

Mit seinen Äußerungen polarisierte er die Partei. Im Sommer 2016 kam es deswegen zur Spaltung der *AfD*-Landtagsfraktion. Erst die aus Berlin in den Stuttgarter Landtag angereiste Parteiführung erwirkte Gedeons Austritt aus der Fraktion.

Gedeon blieb aktiv im *AfD*-Kreisverband. 2018 forderte er in einem offenen Brief an Oberbürgermeister Bernd Häusler, die Verlegung von *Stolpersteinen* in der Stadt Singen zu beenden. Die Singener Bevölkerung rief er dazu auf, sich der Verlegung zu widersetzen. Trotz eines laufenden Ausschlussverfahrens erhielt der fraktionslose Abgeordnete bis zuletzt Rückendeckung aus der *AfD*-Landtagsfraktion. Auch der Kreisverband Konstanz schickte ihn 2017 als Delegierten zum Bundesparteitag nach Köln. Auf dem Bundesparteitag 2019 in Braunschweig kandidierte Gedeon um den Bundesvorsitz. Seine Bewerbungsrede, die selbst vielen *AfD*-Delegierten deutlich zu weit ging, ist heute noch auf *YouTube* abrufbar. Jörg Meuthen unterstellte er, die *AfD* zur „Speerspitze im Kampf gegen rechts“ zu machen. Seine Kandidatur scheiterte, Tino Chrupalla und Jörg Meuthen wurden Bundesvorsitzende.

Gedeon nutzte in der Legislatur weiter die Bühne des baden-württembergischen Landtags, um seine anti-semitischen und rechtsradikalen Sichtweisen in Reden und Zwischenrufen „unters Volk zu bringen“, was ihm zahlreiche Ordnungsmaßnahmen seitens der Präsidentin des Landtags, Muhterem Aras (*Grüne*), einbrachte.

Nachdem Kreis- und Landesverband ihn bis zum Schluss nicht fallenließen und ein Ausschlussverfahren im *AfD*-Landesverband gescheitert war, schlossen ihn die zuständigen Gremien der Bundespartei im März 2020 aus der Partei aus. 2021 endete das Mandat von Wolfgang Gedeon im Stuttgarter Landtag. Sein Nachfolger im Wahlkreis Singen wurde der *AfD*-Kreisrat Bernhard Eisenhut (Portrait siehe Seite 22).



© Foto Jürgen Weber, 2026

Wolfgang Gedeon verbreitet heute seine antisemitische und völkische Weltsicht auf einem eigenen *YouTube*-Kanal.

Würden Sie diese Leute wählen?



Mit dem Landtagswahlkampf 2021 ging auch die Ära Gedeon zu Ende. Im September 2020 stellte der *AfD*-Kreisverband die Weichen von Wolfgang Gedeon auf Bernhard Eisenhut. Bei den Vorstandswahlen wurde Walter A. Schwaebisch als Vorsitzender bestätigt, Andrea Zürcher wurde seine Stellvertreterin. Weitere Mitglieder im Kreisvorstand wurden erneut Steffen Jahnke, Thorsten Otterbach und Christina Merker. Bernhard Eisenhut ist seit 2017 Schatzmeister im Kreisverband.

Der Vorsitzende Walter A. Schwaebisch kandidierte 2017 für den Einzug in den Deutschen Bundestag und erreichte im Wahlkreis Konstanz 6,2 Prozent der Erststimmen. Der 1952 in Stuttgart geborene Diplom-Geograph und Reserveoffizier engagiert sich im *Bund Deutscher Fallschirmjäger e. V.* und im *Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.* Als Bundestagskandidat und Kreisvorsitzender benannte er seine politischen Schwer-

punkte mit „Heimat“ und „Sicherung der deutschen Identität“. Was immer für ihn „Heimat“ bedeutet und zu einer „deutschen Identität“ gehört. Der National-Konservative beklagte „Genderwahn“ und „linksradikale und anti-demokratische Strömungen“, von denen er sich und Deutschland bedroht sieht.

Die in Singen aufgewachsene Andrea Zürcher begann im Kreisverband Konstanz als stellvertretende Vorsitzende ihren Werdegang in der *AfD*. Zunächst trat Andrea Zürcher mit der Facebook-Gruppe *Bürgerwehr Landkreis Konstanz - BLK (Merkel muss weg)* öffentlich in Erscheinung, bei der sie unter dem Pseudonym „Andrea Zara“ als Administratorin eingetragen war. Sie meldete mehrere „Merkel-muss-weg“-Demonstrationen im Bodenseeraum an, die letzte im Mai 2016 am Singener Hallenbad.

2016 trat sie in die *AfD* ein. Neben ihrer Position als stellvertretende Vorsitzende im Kreis Konstanz wurde sie Landesbeauftragte für Medien und Recht der Partei, anschließend Mitarbeiterin verschiedener Fraktionsmitglieder, unter anderem bei der heutigen Bundesvorsitzenden Alice Weidel.

Noch in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende im Kreis Konstanz kam sie 2018 mit Plagiatsvorwürfen in die Schlagzeilen, weil sie einen Artikel des Online-Magazins *Der Postillion* als ihren eigenen Facebook-Beitrag ausgegeben hatte. Dabei bemerkte die Landesmedienbeauftragte der Partei nach eigenen Angaben nicht, dass es sich bei dem Beitrag um Satire gehandelt habe.

Andrea Zürcher war 2017 und 2018 für den Bereich Medien im *AfD*-Landesverband verantwortlich. Zu ihren Aufgaben gehörte es, Social Media-Auftritte zu koordinieren, Medienauftritte der Landespartei zu organisieren und die Partei bei Medienverbänden zu vertreten.

Nach einem Umzug nach Stühlingen im Landkreis Waldshut wurde sie dort Kreisvorsitzende und kandidierte 2021 und 2025 im Wahlkreis Waldshut erfolglos für ein Direktmandat als Abgeordnete für den Deutschen Bundestag. Bei den Kommunalwahlen 2024 wurde sie für die *AfD* in den Kreistag von Waldshut-Tiengen gewählt.



Andrea Zürcher ist immer noch als *AfD*-Kreisvorsitzende in Waldshut aktiv. Wie in diesem Zitat aus Bild und Text eines ihrer Facebook-Beiträge vom November 2025, erhebt sie sich zur moralischen Mahnerin und wirft den demokratischen Parteien vor:

„Es ist ein Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte: CDU, CSU, FDP und Teile der SPD haben nach 1945 aktiv ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Bundestag geholt. Menschen, die Teil eines verbrecherischen Regimes waren ... und tun heute so, als stünde ihnen die moralische Oberhoheit zu. Kritik an der *AfD* ist selektiv, ideologisch motiviert und verschleiern die Tatsache, dass die eigentlichen Drahtzieher der Nachkriegs-Politik ehemalige Nationalsozialisten waren ...“

Das Text- und Bildzitat zeigt eine bei der *AfD* übliche Strategie: sich selbst in eine Opferrolle, wie im Beispiel, demokratische Parteien in die Nähe der NS-Gewaltherrschaft zu rücken und die völkische *AfD* als einzige antifaschistische Partei zu präsentieren. Gerade bei der SPD als tatsächliche Opfergruppe der ideologischen Vorgänger der *AfD*, ist dies besonders perfide. (Das Gesicht wurde von uns unkenntlich gemacht.)

Im April 2025 geriet Andrea Zürcher erneut in die Schlagzeilen, diesmal als verurteilte Straftäterin. Das Amtsgericht Waldshut-Tiengen sprach sie der Freiheitsberaubung und Nötigung für schuldig und verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 50 Tagessätzen.

Nach übereinstimmenden Medienberichten von der Gerichtsverhandlung war Zürchers Sohn in eine nächtliche Auseinandersetzung vor einer Spielhalle verwickelt. In der Nacht kam ein Freund des Sohnes zur Wohnung der AfD-Politikerin. Den Berichten zufolge habe Andrea Zürcher den jungen Mann in die Wohnung gezogen und mit einer täuschend echt aussehenden Schreckschusspistole bedroht. Sie soll ihn daraufhin aufgefordert haben, die Namen der anderen Beteiligten zu nennen. 20 Minuten habe sie den jungen Mann nicht gehen lassen. Wie weiter berichtet wird, wurde die Waffe der Kreisrätin mit richterlichem Beschluss eingezogen. Andrea Zürcher hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Fazit

Bis hierher haben wir die ersten Jahre des AfD-Kreisverbands Konstanz rekonstruiert. Wer nun denkt, „schlimmer geht’s nimmer“, der oder die irrt gewaltig. „Gesichert rechtsextrem“ und zum Teil kriminell geht es bei der AfD im Kreis weiter. Auf den nächsten Seiten beschreiben wir die Entwicklung von Akteur:innen und des Kreisverbands Konstanz bis heute, vor der Landtagswahl im März 2026. Lesen Sie weiter, wie Bernhard Eisenhut und Steffen Jahnke im Kreisverband und seinen Gremien den Richtungsstreit nach Rechtsaußen gewinnen und bis heute die AfD im Kreis führen. Sie sind die aktuellen Wahlkreiskandidaten: Bernhard Eisenhut im Wahlkreis Singen und Steffen Jahnke im Wahlkreis Konstanz.



Bernhard Eisenhut tritt Gedeons Erbe an

Mit den Kommunalwahlen 2019 erreichte die *AfD* im Landkreis Konstanz die ersten Mandate in kommunalen Gremien. Axel Politz (siehe Seite 49) zog in den Gemeinderat von Rielasingen-Worblingen ein. Michael Hug und Bernhard Eisenhut wurden beide im Wahlbezirk Singen in den Kreistag gewählt.

Seit dem Rücktritt des gemäßigteren *AfD*-Kreisvorsitzenden Walter Schwaebisch 2017 amtieren Steffen Jahnke und Bernhard Eisenhut als Doppelspitze des Kreisverbands. Ihre Stellvertreterin war Andrea Zürcher aus Singen.

*Doppelspitze Bernhard Eisenhut und Steffen Jahnke
im AfD-Kreisverband*



Im Dezember 2020 machten die *AfD*-Mitglieder Bernhard Eisenhut als Kandidat für den Wahlkreis Singen zur Landtagswahl vom 14. März 2021 zum designierten Nachfolger von Wolfgang Gedeon. Das Ergebnis der Kandidatenwahl verkündete Andrea Zürcher in einer Pressemitteilung.

Bei den Landtagswahlen 2021 reichten Eisenhut 11,3 Prozent der Stimmen im Wahlbezirk Singen, um in den Landtag von Baden-Württemberg einzuziehen. Er errang damit ein sogenanntes

Zweitmandat. Zweitmandate erhalten die Kandidat:innen mit den besten Ergebnissen, die kein Direktmandat erreicht haben. Das Direktmandat ging an Dorothea Wehinger von *Bündnis90/Die Grünen*.

Eisenhuts Legislaturperiode begleiteten massive Führungs- und Richtungskämpfe im Kreisverband. Diese entschied der rechtsextreme Flügel der Partei 2025 für sich.



Gemäßigte Kräfte wurden aus den Parteiämtern und der Partei verdrängt, und die Kreistagsfraktion spaltete sich nach den Kommunalwahlen 2024.

Nähe zur verbotenen völkischen Artgemeinschaft

Im Landtag selbst fiel Bernhard Eisenhut unter anderem mit einer „kleinen Anfrage“ zugunsten der verbotenen völkischen *Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.* auf.

Im Zuge des Verbots der *Artgemeinschaft* durch das Bundesinnenministerium vom 27. September 2023 kam es bundesweit zu Hausdurchsuchungen, so auch bei einem Buchversand der rechtsradikalen Organisation im baden-württembergischen Kupferzell (Hohenlohekreis).

In der Anfrage, die Eisenhut auf seiner Website im Februar 2024 veröffentlichte, fragt der AfD-Abgeordnete die Landesregierung, ob bei der „staatlichen Maßnahme“ in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit und das Kindeswohl alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Daran lässt die Antwort der Landesregierung in der Drucksache 17_5951_D des Landtags keinen Zweifel.

Die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser hält die *Artgemeinschaft* für „eine sektenartige, zutiefst rassistische und antisemitische Vereinigung. Das ist ein weiterer harter Schlag gegen den Rechtsextremismus“, folgert die Bundesinnenministerin zum Verbot.

Die „kleine Anfrage“ des AfD-Abgeordneten Eisenhut zugunsten der verbotenen *Artgemeinschaft* lässt auf eine politische Nähe schließen.



© Landtag Baden-Württemberg, Pressestelle

PORTRAIT

Bernhard Eisenhut

Bernhard Eisenhut ist gemäß Wahlunterlagen 1958 in Kreuzlingen geboren. Er ist in Konstanz aufgewachsen, lebte zwei Jahre in Singen und wohnt seit 2013 in Rielasingen-Worblingen. Der Aufstieg Eisenhuts in der Partei war steil. Eisenhut trat 2016 in die *AfD* ein und wurde Schatzmeister im Kreisverband. 2017 amtierte er mit Steffen Jahnke bereits als Doppelspitze im Landkreis. Bei den Kommunalwahlen 2019 wurde er im Wahlkreis Singen in den Kreistag gewählt. 2021 errang er mit einem Zweitmandat einen Abgeordnetensitz im Stuttgarter Landtag. 2024 scheiterte er im Wahlkreis Konstanz mit seiner Kandidatur für den Deutschen Bundestag.

Bernhard Eisenhut ist Sportschütze. Er war Pfandleiher mit eigenem Geschäft in Singen, das er 2024 aufgab und zum Berufspolitiker wurde. Viele Jahre war er als Aufklärer und Vermittler im Ankauf von Diamanten und Gold in verschiedenen afrikanischen Ländern tätig. Zu seinen Aufgaben gehörte es, ungeschliffene Diamanten und kleine Goldnuggets oder Goldstaub direkt vor Ort bei Goldwäscher:innen, Minen oder kleinen Händler:innen für Firmen in Westeuropa einzukaufen. Mit dieser Tätigkeit dürfte Eisenhut unmittelbar Strukturen begünstigt haben, die mit Ausbeutung und Armutsursachen in mehreren Ländern des afrikanischen Kontinents in Verbindung stehen.



Burkina Faso: Kinder aus den Goldminen befreien

Teilen



Mit UNICEF gegen lebensgefährliche Kinderarbeit

Kalizeta Kinda lebt in Karentenga im westafrikanischen Burkina Faso. Seit sie vier Jahre alt ist, hilft sie ihrer Mutter beim Geldverdienen in der Goldmine. Mit einem selbstgebauten Hammer zerschlägt sie Gestein. Die Arbeit hier ist lebensgefährlich. Die Kinder sind hier in der Goldmine.



© Foto Holger Reile, 2025

Faire Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit sind beim Abbau dieser Rohstoffe in aller Regel nicht gewährleistet, Kinderarbeit statt Bildung nicht selten.

Wie ein Kolonialherr verkauft Eisenhut auf der Homepage der Partei seine Stereotype über „die Kulturen in Afrika“ als angebliche Kompetenz: „Die Denkweisen der verschiedenen Kulturen sind mir bestens bekannt.“

Seine ideologisch geprägten Vorurteile sprechen dem einzelnen Menschen eine individuelle „Denkweise“ ab. Er diskriminiert damit Menschen aus Ländern und Regionen des afrikanischen Kontinents.

Eisenhuts Aussagen setzen ein homogenes „Volk“ voraus. Ein Argumentationsmuster,

das häufig in völkisch-rassistischen Vorstellungen vorkommt, denen zufolge ein „Volk“ oder eine Ethnie als einheitlich in ihren Eigenschaften oder Denkweisen dargestellt wird. Dabei wissen wir: Auch nicht alle Deutschen sind und denken wie Nazis. Nur der einzelne Nazi tut dies.

Gegen Eisenhut wird nach der öffentlich dokumentierten Äußerung „Die tollen Fachkräfte, die wir jetzt hier haben, das wird wohl nichts. Das sind ja eigentlich nur Fachkräfte im Messerstechen und Vergewaltigen“ wegen des Verdachts der Volksverhetzung ermittelt.

In diesem Magazin gehen wir auf die Nähe Eisenhuts zur verbotenen völkischen *Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.* und auf seine Zusammenarbeit mit Funktionären der rechtsradikalen *Identitären Bewegung (IB)* ein.

Ein Hauen und Stechen in den Ortsverbänden und im Kreisverband



Die *AfD* bezieht sich nicht auf Expertisen, wissenschaftliche Erkenntnisse oder rechtsstaatliche Abläufe und Institutionen. Sie kämpft vielmehr gegen diese und operiert häufig mit Begriffen wie „gesundem Menschenverstand“. Dieser muss sich natürlich mit ihrem Weltbild decken oder einem angeblichen „Willen des Volkes“ folgen. „Deutschland. Aber normal.“ eben. Dieses selbstdefinierte „normal“ ist weiß, heterosexuell und von gleicher Gesinnung. Was davon abweicht, nicht „normal“ ist, wird entwertet und entrechtet.

Teile der *AfD* beziehen sich auf ein Volksverständnis, das an die NS-Ideologie anknüpft. Ein Volk, „gesund“ durch „Blut und Boden“. „Blut“ steht für die Abstammung und „Boden“ für den Raum, aus dem man stammt oder den man für sich beansprucht. Diese völkische Definition des rechten Flügels der *AfD* schließt jedoch weite Teile der real-existierenden Bürgerschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa aus.

Mit einer solchen völkischen Ideologie haben die Nazis den Völkermord an verschiedenen Personengruppen gerechtfertigt. Gleichermaßen rechtfertigen die neuen Nazis ihre „Remigrations“-Phantasien.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass Debattenkultur und demokratische Prozesse nicht zu den Kernkompetenzen der *AfD* im Landkreis gehören. Die Entwicklung der Partei kennzeichnen vielmehr Macht- und Richtungskämpfe. Mit einer Konstante: Im Kreisverband setzten sich wiederholt Akteure des rechten Flügels durch; Führungspositionen waren vorwiegend männlich besetzt. Einzig Steffen Jahnke hat dabei seit Gründungszeit bis heute in Führungspositionen

Deutschland. Aber normal.

der *AfD* im Kreis politisch überlebt und saß sowohl an der Seite Wolfgang Gedeons als auch Bernhard Eisenhuts im Vorstand.

Die Geschichte der *AfD* überall im Land ist eine Geschichte ihrer Radikalisierung. So auch im Kreis Konstanz, der sich mit Wolfgang Gedeon schon von Beginn an extrem rechts positionierte. Die Maxime der *AfD* im Kreis scheint zu lauten: Wer diesen Kurs nicht mitgeht, muss die Partei verlassen.

Vor diesem Hintergrund gab es in den letzten Jahren ein „Hauen und Stechen“ im *AfD*-Kreisverband und seinen Ortsverbänden. Nach den für die Partei außerordentlich erfolgreichen Kommunalwahlen 2024 eskalierten diese Machtkämpfe.

Machthunger und Mandate für den rechten Flügel

Nur in Rielasingen-Worblingen brachte die *AfD* eine vollständige Wahlliste zur Gemeinderatswahl 2024 zusammen. In den meisten Gemeinden im Kreis, so auch in Konstanz, kandidierte

die Partei nicht. Dort, wo die *AfD* kandidierte, orientierten sich Wahlvorschläge daran, wer sich zur Kandidatur überredet ließ. Kompetenz oder kommunalpolitischer Sachverstand spielten kaum eine Rolle. Den Wähler:innen war das scheinbar „wurscht“, sie spülten beispielsweise in Singen nahezu alle *AfD*-Kandidat:innen in die Kommunalparlamente.

Dort fand die Partei trotz möglichen 32 Plätzen lediglich vier Kandidaten für die Liste. Drei davon wurden ad hoc in den Gemeinderat gewählt. Georg Borchert, Thomas Frischmuth und Waldemar Koschel erhielten ein Mandat. Einzig André Rehm ging vorerst leer aus.

Auch in Rielasingen-Worblingen zog die *AfD* mit drei Mandaten in den Gemeinderat ein. Reinhard Pröll, Axel Politz und Janine Steiner erhielten Sitze. Axel Politz, der schon in der Wahlperiode zuvor gewählt wurde und vor Ablauf der Amtszeit zurücktrat, ließ sich wieder aufstellen und warf auch diesmal bereits zwei Wochen nach der Wahl das Handtuch. Für ihn rückte Alexander Hofer nach.

seemoz

BEITRÄGE VERANSTALTUNGEN SERIEN ◯ KOMMENTARE MEHR ◯



Neben Singen bleibt Rielasingen-Worblingen die zweite *AfD*-Hochburg im Landkreis Konstanz. Auch in der Höri-Gemeinde konnte die Rechtsaußen-Partei bei allen drei Wahlen den stärksten Stimmenzuwachs verzeichnen. Mit drei Mandaten wird sie dort im neuen Gemeinderat als Fraktion vertreten sein.

In den sieben Wahlbezirken zum Kreistag errang die *AfD* insgesamt acht Mandate: Michael Stauch aus dem Wahlkreis Konstanz, Janine Steiner aus dem Wahlkreis Radolfzell, Steffen Jahnke und Bernhard Eisenhut aus dem Wahlkreis Singen, Manuel Wentzel aus dem Wahlkreis Gottmadingen, Karin Pütz aus dem Wahlkreis Engen, Reinhard Pröll aus dem Wahlkreis Höri/Rielasingen-Worblingen und Olaf Bennert aus dem Wahlkreis Stockach.

Innerhalb der *AfD*-Kreistagsfraktion kam es jedoch bereits vor der konstituierenden Sitzung im Juli 2024 zum Zerwürfnis. Aus dem Wahlkreis Konstanz wurde Michael Stauch Fraktionsvorsitzender. Dieser Posten ermöglichte ihm erst eine kurzfristige Änderung des Wahlverfahrens bei der Nominierungsversammlung. So meldete es der *Südkurier* im Dezember 2024.



Fraktionsvorsitzender Stauch war verantwortlich für den Bruch der Kreistagsfraktion. Er brachte ein Video in Umlauf, in dem er mehrmals von „Kanaken“ sprach. Auf seinem *WhatsApp*-Status postete er die Parole „Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!“ So berichteten es die Ratskolleginnen Janine Steiner und Karin Pütz, denen der Kurs des Vorsitzenden zu radikal war. Thorsten Otterbach, 2021 noch Kandidat für den Bundestag für die *AfD* im Kreis, wollte deswegen mit Michael Stauch nicht auf einer Liste kandidieren.



© Foto Jürgen Weber, 2024

Doch statt sich vom rassistischen Fraktionsvorsitzenden zu distanzieren oder ihn seines Postens zu entheben, machte der rechte Flügel der Partei gegen die zwei gewählten Kritikerinnen mobil. Sie galten fortan als „Aufrührer“ und „Spalter“ in der *AfD*. Die Kreisträtkinnen Janine Steiner und Karin Pütz gründeten daraufhin die Gruppe *Die freien Starken* im Kreistag. Welcher Aggressivität und welchem Druck sie von Seiten ihrer Partei ausgesetzt waren, lässt sich aus dem Wortlaut der auf Seite 29 vollständig abgedruckten Pressemitteilung der *AfD*-Kreistagsfraktion erahnen.

Diese ist seit Mai 2025 auf der Homepage des AfD-Kreisverbands zu finden. Janine Steiner trat zu diesem Zeitpunkt auf eigenen Wunsch als Kreisrätin und als Gemeinderätin in Rielasingen-Worblingen zurück und verließ zeitgleich die AfD. Im Gemeinderat rückte ihr Thomas Fessel und im Kreistag Alexander Hofer in die AfD-Fraktion nach.

In einer Pressemitteilung kommentiert die Kreistagsfraktion das Zerbrechen der Gruppe *Die freien Starken* als „Säuberung“ und als einen „Akt der politischen Hygiene“. Das sind keine üblichen Begriffe im demokratischen Diskurs. Der Kreisvorstand bedient sich hier eines Vokabulars nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Im NS-Kontext stand „politische Hygiene“ dafür, „unerwünschte Elemente“ aus Politik und Gesellschaft zu entfernen. „Säuberungen“ bedeutete im NS-Sprachgebrauch die Beseitigung politischer Gegner:innen oder die systematische Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager.

Einer solchen „Säuberung“ durch den rechts-extremen Flügel in der AfD im Kreis Konstanz fiel dann auch Thorsten Otterbach zum Opfer. Laut Recherchen des *Südkurier* trat dieses „Zerwürfnis im Vorstand“ auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des AfD-Kreisverbandes in der Talwiesenhalle in Rielasingen-Worblingen im Juni 2024 zutage. Der Streit führte zur bereits beschriebenen Spaltung der Kreistagsfraktion. Im Folgenden nun eine Rekonstruktion der innerparteilichen Schlammschlacht.



Zu Beginn der Versammlung wurden, wie häufig bei der AfD, die anwesenden Medienvertreter:innen ausgeschlossen. Nach *Südkurier*-Recherchen sollen hinter verschlossenen Türen die Fetzen geflogen sein. Karin Pütz und Walter Schwaebisch sollen gegenüber dem Vorstand um Bernhard Eisenhut und Steffen Jahnke den Vorwurf der „Veruntreuung von Parteigeldern“ sowie der „Protokollfälschung“ erhoben haben. Die Betroffenen bestritten dies; eine Klärung stand aus. Dieser Flügel beschuldigte die Schatzmeisterin Pütz ihrerseits „nicht rechtmäßiger Auszahlung von Wahlkampfgeldern“ und drohte mit Strafanzeigen.

Politische Säuberung

Diese Pressemitteilung der AfD-Kreisfraktion vom 26. Mai 2025 findet sich bis heute auf deren Webseite. Wir dokumentieren sie hier ungekürzt im Wortlaut. Die im Text benannte Beschlussvorlage „2025/087“ der Kreisverwaltung stellte fest, dass für das Ausscheiden der Kreisrätin Janine Steiner aus dem Kreistag ein berechtigter Grund vorlag. Nach der Landkreisordnung ist der Austritt aus der Partei, für deren Liste sie kandidierte, allein kein berechtigter Grund dafür, aus dem Kreistag auszuscheiden.

Die Mitteilung „Politische Säuberung im Kreistag“ der AfD-Kreistagsfraktion und die darin gewählte Sprache zeigt nicht nur exemplarisch den Umgang mit abweichenden Mitgliedern, sondern verdeutlicht auch die dahinterstehende politische Gesinnung. Der Text zeigt, wie die AfD andere politische Parteien verhöhnt und demokratische Institutionen und das politische System ablehnt. Einzig die eigene Weltanschauung und „Haltung“ werden akzeptiert. Selbst die Sprache hat sich seit den 1930er-Jahren kaum verändert.



*Janine Steiner und Karin Pütz
mit persönlichem Mandat im Kreistag*

“

**Politische Säuberung im Kreistag:
Austritt von Janine Steiner
führt zum Ende der Spaltergruppe
Die freien Starken – AfD bringt
Klarheit und Ordnung zurück**

Mit der heutigen Entscheidung des Kreistags Konstanz wurde ein überfälliger Schlusstrich gezogen: Die Kreisrätin Janine Steiner, die auf der Liste der AfD kandidiert, sich von der AfD abgewandt und einem chaotischen Zweckbündnis angeschlossen hatte, ist nun offiziell aus dem Kreistag ausgeschieden. Grundlage war die mehrheitlich angenommene Beschlussvorlage 2025/087 – ein Akt der politischen Hygiene und Klarstellung.

'Wer aus der AfD austritt und dann mit der aufrührerischen Kreisrätin Pütz eine Splittergruppierung bildet, hat im Kreistag nichts mehr verloren. Frau Steiner hat durch ihren Parteiaustritt ihr Mandat politisch und moralisch verwirkt. Die heutige Entscheidung ist ein Akt der Gerechtigkeit und ein Sieg der Rechtsstaatlichkeit über Opportunismus', erklärte der Fraktionsvorsitzende Michael M. Stauch.

Während sich die CDU – wie immer zum Versuch der Schädigung der AfD – windet und mit Enthaltung feige duckt, statt klare Haltung zu zeigen, hat der Kreistag dennoch mit Mehrheit entschieden. Ein Signal, das weit über diese Sitzung hinausweist.

Spaltergruppe *Die freien Starken* aufgelöst

Mit dem Ausscheiden Steiners fehlt der Spaltergruppe *Die freien Starken* nun die rechtliche Grundlage. Die Gruppierung ist damit Geschichte – ein wichtiger Etappensieg für politische Klarheit und Ordnung im Kreistag.

”

Michael Stauch, Vorsitzender
der AfD-Kreistagsfraktion



© Jürgen Weber, 2025

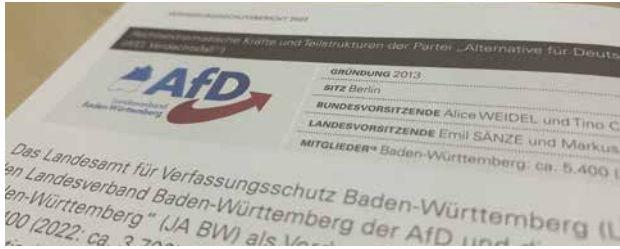
Laut Thorsten Otterbach, zu diesem Zeitpunkt noch Vorstand des AfD-Ortsverbandes „Höri-Rielasingen-Worblingen“ positionierten sich die Kräfte innerhalb der AfD, um künftig zufallende Mandate einflussreich besetzen zu können. Der rechte Flügel im Kreisverband Konstanz und dem Landesverband Baden-Württemberg wollte die Positionen in den Parlamenten in Kommunen, Land und Bund weiter nach rechts rücken. Otterbach wurde gegenüber dem *Südkurier* deutlich: „Es gibt gerade viel Unruhe in der Landes-Partei. Konstruktiv kritisch arbeitende Mitglieder versucht man kaltzustellen.“

Die Mitgliederversammlung brachte keine Klarheit, sondern stürzte den Kreisverband ins Chaos. Der rechte Flügel bekam die Vorsitzen- den Eisenhut und Jahnke sowie als Stellvertreter Kreisrat Manuel Wentzel durch. Weitere Posten wurden nicht besetzt. So war es Interpretations- sache der Lager, wer nun im Vorstand ist und wer nicht, denn die „alten“ Vorstandsmitglieder waren nicht abgewählt und ihre Posten nicht neu besetzt.

Dies traf auch auf den AfD-Ortsverband Höri-Rielasingen-Worblingen zu. Nach Darstellung der damaligen Ortsvorsitzenden Thorsten Otterbach und Axel Politz wurde zur Sitzung nicht satzungsgemäß eingeladen; in ihrer Abwesenheit erfolgte die Abwahl und Neubesetzung mit Thomas Engelmann und Norbert Tobian. Der Kreisvorstand bestritt die Vorwürfe. Otterbach und Politz



© Shutterstock, Collage: apfelX GmbH



riefen daraufhin das parteiinterne Schiedsgericht des Landesverbandes an. Der Kreisvorstand andererseits hatte inzwischen ein Parteiausschlussverfahren gegen Otterbach in die Wege geleitet. Von außen betrachtet war Otterbach nur vorzuwerfen, dem Druck vom extrem rechten Flügel nicht klein beigegeben und in der Partei auf demokratische Spielregeln bestanden zu haben.

Thorsten Otterbach berichtete dem *Südkurier* schließlich im Dezember 2024, das Verfahren in Stuttgart sei wie in einem „Schauprozess“ verlaufen: „Rechtsstaatlichkeit sowie die Umsetzung innerparteilicher Demokratie“ seien dabei „eine Steilvorlage für den Verfassungsschutz“ gewesen, so Otterbach. In Anwesenheit der Landesvorsitzenden Emil Sänze und Markus Frohnmaier wurde er wegen „parteischädigendem Verhalten“ aus der AfD ausgeschlossen. Dabei ging es nochmals um die Frage, inwieweit Otterbach Kandidaturen von Mitgliedern zu den Kommunalwahlen durch die Kritik an den rassistischen Äußerungen von Fraktionschef Michael Stauch verhindert habe.

Um alle Vorstandsposten im Kreis neu zu besetzen und „Rechtssicherheit zu schaffen“, ließ der Kreisvorstand am 25. April 2025 erneut wählen. Er präsentierte den Vorsitzenden

Steffen Jahnke (Kreisrat) und Bernhard Eisenhut (MdL und Kreisrat), ihr Stellvertreter ist Manuel Wentzel (Kreisrat), Linda Bröder ist die Nachfolgerin von Karin Pütz als Schatzmeisterin, Beisitzer im Vorstand sind Thomas Engelmann, Frank Wunderlich und Thomas Fessel (Gemeinderat Rielasingen-Worblingen).

Doch bereits vor Jahresende 2025 zerbrach der Kreisvorstand erneut. Die einzige Frau, Linda Bröder, und der Gemeinderat Thomas Fessel „legen ihre Ämter nieder“, wird auf der Webseite der Partei ohne weitere Erläuterung bekannt gegeben. Der nächste Satz hat es in sich: „Die Funktion des Schatzmeisters wird ab sofort Norbert Tobian übernehmen, und die Funktion des Beisitzers wird ab sofort Dominik Böhler übernehmen.“



Dominik Böhler, im Vereinsregister als Vorsitzender des *Schwäbischen Kulturverin e. V.* eingetragen, gilt als führender Akteur der *Identitären Bewegung*; er trat in der Region als *IB*-naher Funktionär auf und war bei einem Gründungstreffen der *Generation Deutschland* präsent.

Das Bündnis *Konstanz für Demokratie* – klare Kante gegen rechts teilte am 7. Januar 2026 den Medien die Wahl des Identitären Dominik Böhler in den *AfD*-Kreisvorstand mit. Nach einer *SWR*-Veröffentlichung schaltete sich der Landesvorstand ein und Böhler musste die Partei verlassen. Lesen Sie mehr dazu unter „*Identitäre Bewegung im AfD-Kreisverband Konstanz*“.



Mit dem Austritt Böhlers scheitert der „Neuanfang“ im Kreisvorstand und nach zwei Umbildungen innerhalb eines Jahres steht die Partei wieder ohne vollständigen Kreisvorstand da.

Steffen Jahnke setzt sich als „Notvorstand“ im Ortsverband Singen ein

Kein Jahr war auch der im Juli 2024 gewählte Vorstand des Ortsverbands Singen im Amt. Nach den Wahlen verkündete der Vorsitzende André Rehm in einer Pressemitteilung das Wahlergebnis: „André Rehm (29 Jahre) wurde als neuer Sprecher gewählt, der beruflich Fachkraft für Schutz und Sicherheit ist. Zum stellvertretenden Sprecher wurde Michael Hug (57), technischer Kaufmann aus Volkertshausen, gewählt. Die weiteren Posten sind mit Thomas Frischmuth (57) als Kassenwart, wie Georg Borchert (69) und Waldemar Kosche (67) als Beisitzer besetzt.“ Die Mitteilung versprach, dem neuen Vorstand sei es ein Anliegen, „ein harmonisches und zielstrebiges Miteinander zu ermöglichen“.

Im Juni 2025 setzte sich der Kreisvorsitzende Steffen Jahnke ohne Neuwahl an die Spitze eines „Notvorstands“ in Singen. Auf der Webseite des Ortsverbands steht seitdem zu lesen: „Herzlich willkommen beim OV Singen (Htwl.). Der eingesetzte Notvorstand besteht aus: Steffen Jahnke, Manuel Wentzel, Frank Wunderlich.“ Sonst nichts.

Hintergrund dürfte sein, dass die „Fachkraft für Schutz und Sicherheit“, André Rehm, bereits zum Zeitpunkt seiner Wahl schwere Straftaten begangen hat. Er wurde am 6. Juni 2025 vom Landgericht Konstanz zu einer Haftstrafe von elf Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Weshalb sich der Kreisvorstand allerdings gleich des ganzen Vorstands entledigt, einen „Notvorstand“ eingesetzt und bis heute keine Neuwahlen abgehalten hat, wurde in unserer Beobachtung nicht transparent.



*Der Identitäre Kreisvorstand
Dominik Böhler (Mitte, beim AfD-Schirm)
hier bei einem Stand der Partei an der
Konstanzer Marktstätte im Dezember 2025.*

© Foto Jürgen Weber, 2025

Straftäter in Vorstand und Gemeinderat gewählt

© Shutterstock, Yankovsky88



Die Mitglieder des *AfD*-Ortsverbands wählten André Rehm zum Sprecher des Vorstands, obwohl damals schon bekannt und aktenkundig war, dass Rehm wiederholt Straftaten begangen hatte und unter Bewährung stand. Neben Gewaltdelikten waren dies Betrug und Urkundenfälschung.

Für Strafverfolger im Bereich des Polizeipräsidiums Konstanz war Rehm ein Altbekannter. Zudem liefen bereits weitere Ermittlungen wegen schwerer Körperverletzung, Bedrohung und versuchter Nötigung gegen André Rehm. Die *AfD*-Mitglieder hätten zum Zeitpunkt seiner Wahl zum vorsitzenden Sprecher wissen müssen, dass er nur auf Bewährung auf freiem Fuß war und bereits weitere Straftaten begangen hatte. Sehr „harmonisch“, wie auf der Homepage angekündigt, konnte es in der Folge also kaum werden.

Der Ortsverband Singen spürte im Sommer 2024 noch den Aufwind von der Europa- und Kommunalwahlen vom 9. Juni 2024. Mit 22,65 Prozent (3.521 Stimmen) wurde die *AfD* zweitstärkste Kraft in der Stadt unterm Hohen- twiel. Sie überflügelte die *SPD* (11,05 Prozent, 1.718 Stimmen) um das Doppelte und war auf Schlagdistanz zur *CDU* (30,85 Prozent, 4.797 Stimmen). *Die Grünen* blieben in der Stadt Singen unter 10 Prozent.

Noch besser lief es bei den Gemeinderatswahlen für die Partei, die sich plakativ um die Sicherheit der Menschen im Landkreis sorgt. Mit den nur vier besetzten Listenplätzen war die *AfD* auf das Kumulieren der Stimmen der Wählenden angewiesen. Die folgten überwiegend artig dem Kalkül und gaben häufig drei statt einer Stimme an die vier *AfD*-Kandidaten, wie oft: alles Männer.

Mit dem bereits erwähnten Ergebnis, dass es bei der Kommunalwahl für drei Mandate für die vier AfD-Kandidaten in den Singener Gemeinderat reichte: Georg Borchert bekam 9.247 Stimmen, Thomas Frischmuth 9.230 Stimmen und Waldemar Koschel 8.645 Stimmen. Knapp nicht in den Rat kam André Rehm mit 8.489 Stimmen der Wahlberechtigten in Singen.

Wenige Wochen vor seiner Wahl, im März 2024, wurde Rehm wieder straffällig. Diesmal, so die Ermittlungen, mit mehreren Strafdelikten in zwei unabhängig voneinander begangenen Taten. Er würgte sein Opfer, drohte diesem und versuchte, in einer weiteren Tat, einen jungen Mann mit der Waffe zu nötigen. Wer hier an Dr. Jekyll und Mr. Hyde denkt, irrt. Die Leute wählen Hyde. Es gibt keinen Dr. Jekyll.

Elf Monate ohne Bewährung für André Rehm

Richter Tasso Bonath sah es im Berufungsverfahren am 6. Juni 2025 vor dem Landgericht Konstanz als erwiesen an, dass der Beschuldigte André Rehm einen jungen Mann im März 2023 in der Singener Südstadt so gewürgt hatte, dass dieser notärztlich versorgt werden musste.

Die Ermittlungen ergaben, dass Rehm den Geschädigten mit den Worten „Wenn du zur Polizei gehst, steche ich dich ab“ bedroht haben soll. Der AfD-Vorsitzende bestritt vor Gericht die Tat. Seine Freundin Katharina W. verschaffte ihm im ersten Verfahren vor dem Amtsgericht Singen ein falsches Alibi. Die junge Frau wurde mittlerweile selbst wegen Falschaussage rechtskräftig zu 120 Tagessätzen verurteilt.



In der Hauptverhandlung im Berufungsverfahren am 6. Juni 2025 wirkte der Geschädigte im Zeugenstand eingeschüchtert und machte entlastende Aussagen zugunsten des Angeklagten Rehm. Richter Bonath fragte bei dem durch die Tat verletzten und bedrohten jungen Mann mehrfach nach, ob er Angst habe, auszusagen und ob er mittlerweile Kontakt zum Angeklagten gehabt habe. Am ersten Verhandlungstag vor dem Landgericht war der Geschädigte als Zeuge bereits unentschuldigt nicht erschienen.

In einer zweiten Straftat, für die André Rehm vor dem Landgericht angeklagt war, hatte der AfD-Vorstand einem Mann infolge eines Streits eine Waffe an den Kopf gehalten. Diese fand die Polizei am Tatort bei Rehm. Diesen Vorwurf bestritt der Angeklagte bis zum Schluss. Angaben zur Sache machte er nicht. Auch für diesen Sachverhalt wurde Rehm vor dem Landgericht verurteilt.

Um das mögliche Strafmaß zu verringern, führte der Strafverteidiger Dr. Michael Busching das ehrenamtliche Engagement seines Mandanten an. So engagierte André Rehm sich in einem „Rollstuhlclub“ und sei „Schlichter bei der Stadt Singen“.

Zudem legte Busching dem Gericht ein Schreiben von einer Werbeagentur aus Rielasingen vor, dem zufolge Rehm ab Juli 2025 in Form eines Minijobs einer regelmäßigen Tätigkeit nachgehe. Auch seine baldige Berufung zum Gemeinderat führte der Strafverteidiger für eine gute Sozialprognose an. Der diensthabende

Staatsanwalt ließ es in der Verhandlung „mal dahingestellt, ob die Kandidatur für eine gesichert rechtsextreme Partei“ zu einer besseren Sozialprognose führe.

Richter Tasso Bonath folgte in weiten Teilen seiner Urteilsbegründung dem Plädoyer der Staatsanwaltschaft. Beide sahen eine „hohe kriminelle Energie“, die vom verurteilten Rehm ausgehe. Dies fand beim Strafmaß Berücksichtigung. Die Strafe musste zwingend ohne Bewährung ausgesprochen werden, so Richter Bonath, weil der Angeklagte aus anderen Strafverfahren mehrfach gegen Bewährungsauflagen verstoßen habe. Die Staatsanwaltschaft führte darüber hinaus an, dass gegen André Rehm noch ein weiteres Strafverfahren anhängig sei.



Landgericht Konstanz Abteilung für Strafsachen			
Geänderter Sitzungsaushang			
Freitag, den 06.06.2025 - Sitzungssaal: 1.60			
Untere Laube 27			
Zeit	Bezeichnung der Sache	Aktenzeichen	Besetzung
10:00 Uhr	Rehm, André Verteidiger: Rechtsanwalt Dr. Busching Michael wegen: gefährlicher Körperverletzung u. a. öffentliche Fortsetzung der Hauptverhandlung vom 22.05.2025 2 Zeugen	5 NBs 47 Js 29892/23	VRILG Bonath Ruth Breinlinger Priska Ertl

(erstellt am: 27.05.2025 08:48:41)

AfD Kreisverband spricht von „Schwere der Urteile“, nicht von „Schwere der Taten“

Der AfD-Kreisverband inszeniert sich in einer Pressemitteilung als die Partei, die sich für „Recht und Gesetz“ einsetze. Selbst nach der neuerlichen Verurteilung vor dem Landgericht Konstanz spricht der AfD-Kreisverband von der „Schwere der Urteile“ seitens der Gerichte, nicht von der „Schwere der Tat“ ihres Funktionärs. Der Kreisverband bedauere vielmehr, dass es aufgrund des öffentlichen Drucks „zu einer Pressemitteilung kommen musste“. Aber der AfD-Kreisverband „akzeptiere das aktuelle Urteil“. Rehm wurde wegen einer möglichen Schädigung des Ansehens der AfD zum Austritt aufgefordert. Nach Angaben der Partei ist dieser im Juli 2025 erfolgt.

Mandate sind bei der AfD schlecht aufgehoben

In den ersten Monaten der Legislaturperiode fielen die drei AfD-Gemeinderäte in Singen vor allem mit einem auf: Fehlzeiten. Fraktionsvorsitzender Thomas Frischmuth musste wegen Abwesenheit sogar die Haushaltsrede für die Sitzung vom 11. März 2025 schriftlich einreichen. Im Mai 2025 verließ er ganz den Gemeinderat, und die Fraktion stand kopflos da.

Seinen Nachrücker André Rehm lobte Frischmuth im *Südkurier* noch als „kompetenten Parteifreund“. Nach Rehm steht niemand mehr auf der Wahlliste der AfD. Seine Verteidigung war für den 3. Juni 2025 angesetzt. Wegen der Hauptverhandlung vor dem Strafericht setzte die Stadtverwaltung den Tagesordnungspunkt ab. Am 6.

Juni wurde der designierte Gemeinderat der Stadt Singen zu der beschriebenen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Folglich wäre André Rehm noch häufiger als seine Kollegen „verhindert“, an Sitzungen teilzunehmen.

Für die Stadtverwaltung in Singen ist es nicht einfach, politisch und juristisch mit der Situation umzugehen. Stand der Dinge ist, dass Rehm vorübergehend auf sein Mandat verzichtet. Nach der Einschätzung mehrerer Jurist:innen ist nicht zu erwarten, dass eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Karlsruhe an der Haftstrafe wesentlich etwas ändern wird, insbesondere wegen der Schwere der Tat, der Verstöße gegen Bewährungsaufgaben sowie weiterer gegen Rehm anhängigen Strafverfahren. Ob Rehm nach Verbüßung der Haftstrafe sein Mandat antreten kann, steht derzeit in den Sternen überm Hohentwiel.



Die „Ehre des deutschen Soldaten“ – die AfD will das NS-Heldengedenken wiederaufleben lassen

„Mehrere AfD-Politiker und Gliederungen der Partei haben am Volkstrauertag an die nationalsozialistische Tradition des ‚Heldengedenkens‘ angeknüpft. Dies zeigen öffentliche Postings von Abgeordneten, Kreisverbänden und der Jugendorganisation *Junge Alternative*“, so das Wochenmagazin *Die Zeit* in seiner Berichterstattung über den Volkstrauertag vom 17. November 2024.

Die Partei verfolgt damit die Strategie, nach und nach die Gedenkkultur zu verändern. Nicht mehr den Opfern von Gewaltherrschaft und Kriegen soll gedacht, sondern die gefallenen Soldaten sollen wieder als Helden verehrt werden. Es soll nicht mehr an die Kriegsverbrechen erinnert werden, sondern die „Tapferkeit und Ehre“ des „deutschen Soldaten“ im Mittelpunkt des Gedenkens stehen. Dies knüpft nahtlos an den NS-Heldenkult an, der „die soldatische Pflichterfüllung und den Tod im Kampf“ idealisiert und die Wirklichkeit von Krieg und von Gewaltherrschaft verleugnet hat.

Vermehrt beteiligt sich die AfD an den Gedenkveranstaltungen von Kommunen und dem *Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge*.

Ein Kranz, der von der AfD-Stadtratsfraktion in Leuna (Sachsen-Anhalt) niedergelegt wurde, trug 2024 die provozierende Inschrift „Für Führer, Volk und Vaterland. Warum?“

Es ist kein Zufall, dass sich auch die AfD-Prominenz im Landkreis Konstanz an den Volkstrauertagen 2024 und auch nun am 16. November 2025 auf dem Waldfriedhof in Singen unter die Gäste des Gedenktags „an die Opfer von Gewalt und Krieg aller Nationen“ mischte. Jeweils nach der offiziellen Kranzniederlegung der Stadt Singen durch Oberbürgermeister Bernd Häusler (CDU) legten Kommunalpolitiker der AfD (wirklich nur Männer, Anmerkung der Redaktion) ebenso einen Kranz an den Gedenkort der Opfer der beiden Weltkriege.

AfD-Kreisräte inszenieren am Volkstrauertag in Singen Kranzniederlegung

Am Gedenken für die Zwangsarbeiter:innen, die während des NS-Regimes in Singen arbeiten mussten, beteiligten sich die Mitglieder der AfD nicht mehr, sondern inszenierten selbst ihre Kranzniederlegung. Diese gedachte, so die Kranzinschrift, lediglich „den Gefallenen der beiden Weltkriege“.

Beim Fotoshooting posierten die Kreisräte und AfD-Kandidaten für die Landtagswahl im März 2026, Steffen Jahnke und Bernhard Eisenhut, mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Michael Stauch und dem Nachrücker im Kreisrat, Alexander Hofer.



Von links: Die AfD-Kreisräte Alexander Hofer, Michael Stauch, Bernhard Eisenhut und Steffen Jahnke.

Jahnke und der Kreisrat Olaf Bennert tauchten danach bei der Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Singener Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf. Während der Gedenkrede kommentierte Bennert deutlich hörbar für Gäste des Gedenkens: „Unglaublich. Hier dürfen Linksextreme sprechen.“ Die meisten der auf dem Stein gedachten Opfer sind Sozialdemokrat:innen und Kommunist:innen, die von den Nazis umgebracht wurden.

Die Rede für die Kreisvereinigung der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* hielt der Konstanzer Gemeinderat Wolfgang Moßmann (LLK). Er betonte: „Das Feld des Erinnerns gehört nicht denen, die die Geschichte verfälschen und die Opfer als ‚Vogelschiss der Geschichte‘ verhöhnen. ‚Nie wieder‘ war der Schwur der Überlebenden – und er bleibt unser Auftrag ... Tun wir alles dafür – im Gespräch, im Widerspruch, im Alltag. Für eine offene, menschliche und demokratische Gesellschaft.“



Die AfD ehrt die „Gefallenen der Weltkriege“ am Volkstrauertag 2025 auf dem Waldfriedhof Singen.

Der Historiker Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, deutet die Geschichtsklitterung der AfD als völkisch motiviert. Im Programm zur Bundestagswahl 2024 schreibt die AfD, ein Volk könne ohne Nationalbewusstsein nicht existieren. Dem liege ein völkisch-nationalistisches Geschichtsverständnis zugrunde. Wagner erläutert in einem Interview mit der Berliner *Tageszeitung*:

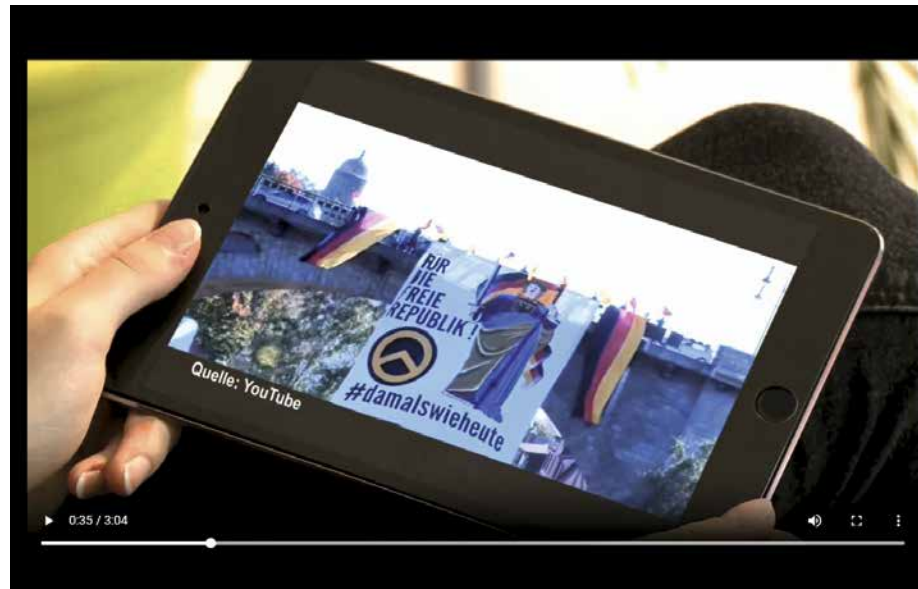
„Mit der Formulierung ist man nicht weit entfernt von der Höcke-Rede, in der er eine ‚erinnerungspolitische Wende um 180 Grad forderte.‘ Mit Sätzen wie diesem strebe die AfD eine Abkehr von der Aufarbeitung des Nationalsozialismus an, so Wagner.

Auch hier geht die AfD mit der regionalen Nazi-Szene Hand in Hand. Der baden-württembergische Verfassungsschutz beobachtete bereits 2021 Aktivitäten zum „Heldengedenken“ in der Region. Bei den Rechtsextremen am Bodensee „entschloss man sich, im Zuge einer kleinen Wanderung mehrere Denkmäler zu passieren,“ um „die Kämpfer früherer Tage“ zu ehren.

Identitäre Bewegung im AfD-Kreisverband Konstanz

2025 stufte der Verfassungsschutz in Bund und Ländern die Jugendorganisation der AfD, die *Junge Alternative (JA)*, als „gesichert rechtsextrem“ ein. Da die JA als Verein organisiert war, drohte ein Verbot. Das *Bundesministerium des Inneren* kann Vereine ohne Ankündigung verbieten, Parteien nur im Zuge eines sehr aufwendigen Parteiverbotsverfahrens. Bei der AfD schloss man kurzerhand den Laden JA, um im November 2025 in Form der *Generation Deutschland* unter dem Schutz der Partei „Alten Wein in neuen Schläuchen“ (siehe Seite 48) zu verkaufen.

Das Problem der jungen Alternativen, unabhängig davon, unter welchem Namen sie auftreten, besteht nach Einschätzung von Beobachtenden darin, dass sie in weiten Teilen von Personen aus dem rechtsextremen Spektrum geprägt sind. Darunter befinden sich Akteure, die dem Verfassungsschutz bekannt sind, etwa aus dem Umfeld der *Identitären Bewegung*, der Kleinpartei *Der Dritte Weg* oder mit Kontakten zur aufgelösten *NPD*.



© didactmedia GmbH,
aus Film „Rechtsextremismus im Internet“

Je mehr ein Verbot der JA drohte, umso mehr ging die Mutterpartei in den letzten Jahren strategisch auf Distanz zur eigenen Jugendorganisation. Im Landkreis Konstanz bestanden nachweislich enge Bezüge zwischen AfD-Strukturen und *Identitären* Akteuren über die JA.

Die Bewegung wurde über ihren österreichischen Führer, den Rechtsradikalen Martin Sellner bekannt. Er war Hauptreferent beim Geheimtreffen in Potsdam und trat am 19. Oktober 2024 mit einer Provokation an der innerstädtischen Grenze von Konstanz und Kreuzlingen in Erscheinung. Trotz Einreiseverbots in die Schweiz überreichte der Neonazi der *Jungen Tat* aus der Ostschweiz und dem Kanton Zürich als PR-Gag für Social Media eines seiner Bücher. Bei dieser Aktion verlief er sich wenige Meter auf Schweizer Staatsgebiet, wurde von der Kantonspolizei Thurgau unmittelbar festgenommen und einige Stunden später „ausgeschafft“, also abgeschoben. Sellner lebt in Wien, einer der Hochburgen der IB.

Der Landtagsabgeordnete Bernhard Eisenhut stand 2023 erneut im Fokus der Berichterstattung. Auslöser war der Verfassungsschutzbericht 2023, der den Sitz der *Jungen Alternative (JA)* Südbaden in Singen verortete. Zudem bedankte sich die JA öffentlich bei Eisenhut für die Einrichtung einer Bürogemeinschaft. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtete die Organisation der *Jungen Alternative*: „Ihre Landesgeschäftsstelle für Baden-Württemberg befindet sich in Göppingen, daneben unterhält der Bezirksverband Südbaden eine Geschäftsstelle in Singen.“

Als Kontaktperson für den Kreisverband Konstanz nennt die Homepage der JA den bis 2025 in Kreuzlingen wohnhaften Marius Keipp.



Er vertrat demnach gleich drei Landkreise, den von Ravensburg, den von der AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel geführten Bodenseekreis und den Landkreis Konstanz. Nach einer Veröffentlichung des *Südkurier* vom 28. November 2024 verschwanden die Einträge von der Webseite der *JA Baden-Württemberg* noch am selben Tag. Uns liegen Screenshots vor.

Marius Keipp gilt als führender Akteur der *Identitären Bewegung* im Südwesten, zu der die Sicherheitsbehörde auch die Gruppe *Reconquista 21* zählt. Wie der SWR im Januar 2024 berichtete, ermittelten mehrere Polizeipräsidien in Baden-Württemberg wegen einer Reihe von Delikten mit rassistischem Hintergrund gegen *Reconquista 21*.



Marius Keipp gilt, neben dem Konstanzer Dominik Böhler, für den Verfassungsschutz als einer der führenden Köpfe der IB im Südwesten Deutschlands, die sich *Wackere Schwaben* nennt. Bei *Instagram* ist er unter dem Namen „Marius Sued“ aktiv. Keipp taucht bei zahlreichen Aktionen oder in Gruppen und Vereinen der *Identitären Bewegung* auf, zum Teil sitzt er in deren Vorständen. Eine *Südkurier*-Recherche vom Dezember 2024 zitiert eine Quelle, wonach es „enge Kontakte zwischen Keipp und den Kreissprechern Eisenhut und Jahnke“ gebe. Eine Quelle des *Südkurier* berichtet von einer möglichen Spende Eisenhuts an die *Wackeren Schwaben*, Eisenhut bestreitet dies. Die Nähe des Kreisvorstands der *AfD* zur Neonazi-Szene im Südwesten, hatte für Eisenhut und Jahnke bis heute keine Konsequenzen.

Bildquelle: Screenshot der Facebook-Seite der JA Südbaden. Dieses Bildzitat belegt die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und die Presseberichte über eine Bürogemeinschaft zwischen dem AfD-Landtagsabgeordneten Bernhard Eisenhut und der JA Südbaden. Die JA bedankt sich hier ausdrücklich bei Eisenhut und zeigt ein Foto des Büros in Singen. Der Kreisvorsitzende Steffen Jahnke bestritt im Südkurier noch am 20. Dezember 2024 eine solche Bürogemeinschaft und Kontakte zum Rechtsradikalen Marius Keipp.

Marius Keipp amtierte als 2. Vorsitzender im *Bürger Netzwerk Süd e. V.* mit Sitz in Leinfelden-Echterdingen und war ebenso führend aktiv im *Schwäbischen Kulturverein e. V.* mit Sitz in Konstanz. Als erster Vorsitzender war Dominik Böhler im Vereinsregister eingetragen. Dessen Konstanzer Wohnsitz im Stadtteil Fürstenberg diente als Sitz des rechtsextremen „Kulturvereins“.



Kleine Anfrage im Landtag
u. a. zum Schwäbischen Kulturverein

Bernhard Eisenhut und Steffen Jahnke
versuchten den Rechtsextremen ab Sommer
2025 in der Partei zu installieren.

Zur Strategie der *Identitären Bewegung* gehört es,
über Tarnorganisationen wie den *Schwäbischen
Kulturverein* im Umfeld von Verschwörungs-
erzählungen Bürger:innenprotest zu unterwan-
dern und rassistischen und islamfeindlichen
Hass und Hetze zu säen. Ziel der österreichisch-
deutschen Bewegung ist, über die *AfD* für ihre
„Remigrations“-Pläne eine breitere Basis in der
Bevölkerung zu finden. Über die Tarnorgani-
sationen wurden auch Räume angemietet und
Vermieter:innen über den rechtsextremen Hinter-
grund der Nutzung getäuscht.

Der *Schwäbische Kulturverein* wurde 2025 aus
dem Vereinsregister gelöscht. Marius Keipp
verlegte mittlerweile seinen Wohnsitz von
Kreuzlingen nach Schkopau in die Nähe von Halle
in Sachsen-Anhalt. Nach einem Bericht des
Online-Magazins *Apollo* vom 29. Oktober 2025,
das von Medien wie dem *MDR*, dem *SPIEGEL*
sowie *uebermedien.de* als „rechtes Alternativ-
medium“ eingeordnet wird, durchsuchte die
Kriminalpolizei seine dortige Wohnung. Er wird
beschuldigt, im Sommer 2024 vor dem Karlsruher
Schloss in unmittelbarer Nähe zum Bundesver-

fassungsgericht eine rechts-
extreme Aktion inszeniert
zu haben. Von Pyrotechnik
unterstützt, wurde ohne
Anmeldung großflächig ein
Banner in Schwarz-Rot-Gold
mit der Aufschrift „Stolzmo-
nat“ ausgebreitet. „Stolz-
monat“ ist laut Verfassungs-
schutz ein Kampfbegriff der
Identitären Bewegung.



Identitärer Funktionär auf Sitzungen im Kreistag

Die *AfD* im Kreis Konstanz schreckte nicht einmal davor zurück, zu den Sitzungen des Kreistags einen Funktionär der als gesichert rechtsextrem eingestuften Organisation der *Identitären Bewegung* mitzubringen.

Die *AfD*-Kreistagsfraktion ließ sich von deren Führungsfigur Tim Demuth zuarbeiten. Der im Landkreis Esslingen lebende Demuth begleitete die *AfD*-Räte 2024 zu mehreren Sitzungen im Großen Sitzungssaal im Landratsamt Konstanz und in der Singener Stadthalle. Er fungierte als „rechte Hand“ der Fraktion, hielt im Zuschauerbereich Unterlagen bereit und beriet die Kreisträte in Sitzungspausen selbst an deren Plätzen im Plenum. Demuth war bis zu dessen Auflösung im März 2025 auch Beisitzer im Landesvorstand der *JA*.

Im Januar 2024 berichtete das Mediennetzwerk *Correctiv* von einem Geheimgetreffen Rechtsradikaler in Potsdam. Diesen Recherchen zufolge gab es Mitte Dezember 2024 im schweizerischen Kloten ein erneutes Geheimgetreffen. Thema auch hier: massenhafte „Remigration“. Gastgeber war die *Junge Tat*, eine gemäß Schweizer Behörden rechtsradikale und gewaltbereite Organisation.

Ebenfalls vor Ort waren Politiker:innen der *AfD*, gemeinsam mit Mitgliedern der in Deutschland verbotenen *Blood & Honour*-Bewegung. Nach Informationen des Recherchenetzwerkes moderierte Tim Demuth das Geheimgetreffen in Kloten. Dies belegen Fotos von der Veranstaltung.

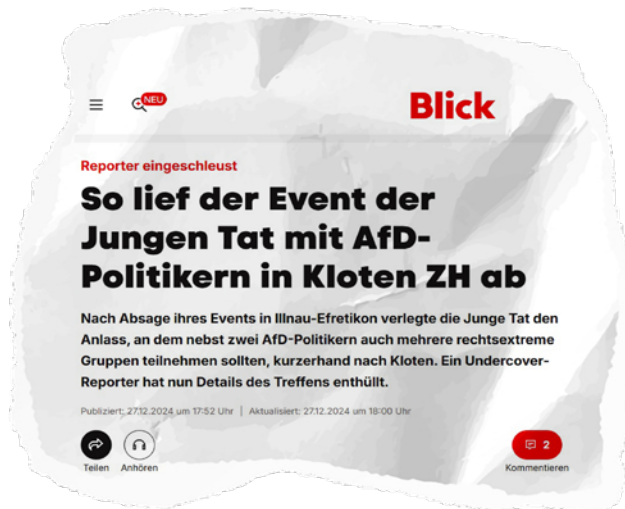
Nach den Enthüllungen trat Tim Demuth nicht mehr im Konstanzer Kreistag auf. Die *Kontext:Wochenzeitung* berichtete im Februar 2025 über den Verbleib von Tim Demuth: „Bilder zeigen ihn auf einer Wanderausstellung mit der *IB*, wie er mit seinen Fingern das White-Power-Symbol formt. Aktuell tritt er als Kameramann in extrem rechten Kreisen auf.“ Die *JA* Baden-Württemberg löste sich zusammen mit der Bundesorganisation Ende März 2025 offiziell auf. Der „wackere Schwabe“ trat auch immer wieder mit dem Tarnnamen Tim Staufer auf.



Der Rechtsextreme Tim Demuth als Berater der *AfD*-Kreistagsfraktion im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes Konstanz.

Kontakte in den Landkreis Konstanz blieben bestehen. Am 13. Juli 2025 schickte der AfD-Kreisvorsitzende Steffen Jahnke eine E-mail an den Kreisverband von *Die Linke*: „Wie ihr sicherlich wisst feiert die AfD am Freitag, 25.7.2025 ab 16:00 Uhr, ihr Sommerfest.“

Ihr seid damit herzlich eingeladen unsere Feier zu stören, ... auch werden Marius Keipp von der *IB* und Michael Stauch dabei sein“, so die E-mail mit dem Absender Jahnkes.



Doch nicht nur die *Identitären* sind im Kreisverband „mittendrin statt nur dabei“. Am 11. Januar 2025 berichtete der *SWR* über einen weiteren Fall. Demnach wollte die AfD-Kreistagsfraktion einen Antrag per gerichtlicher Anordnung durchsetzen lassen. Der Kreistag solle sich mit mehreren Asylthemen befassen, unter anderem mit der Forderung nach einer Arbeitspflicht für Asylbewerber:innen. Die AfD-Fraktion kam damit vor dem Verwaltungsgericht Freiburg nicht durch, der Landkreis war nicht zuständig, Landrat Danners Nichtbehandlung war rechters.

Dieses Bildzitat belegt, dass der Anwalt der AfD-Kreistagsfraktion Konstanz ein führender Kopf bei *Der Dritte Weg* ist sowie offen mit vollem Namen und uniformiert in der Öffentlichkeit für die verfassungsfeindliche Kleinpartei auftritt. Die Gesichter wurden von uns unkenntlich gemacht.

Nachrichten Programm Werbemittel



Matthias Bauerfeind, stellvertretender Gebietsleiter „Städ“ spricht auf unserer Demonstration am 26.08 in Fulda!

„Wir treten für eine Welt der freien Völker ein. Unser Fokus liegt hierbei selbstverständlich zuerst auf dem deutschen Volk, in das wir hineingeboren sind. Dieses zu schützen und für unsere Kinder und Enkel zu erhalten ist unser höchstes Ziel. Durch Jammern und Meckern lässt sich die katastrophale Entwicklung, die unser Volk ins Verderben führt, nicht aufhalten. Nur wer seine Stimme erhebt und seinen Worten auch Taten folgen lässt, kann etwas ändern. Darum am 26.8 heraus auf die Straße!“

Der Anwalt des Vertrauens der *AfD* zur Beschwerde war Matthias Bauernfeind, Strafverteidiger der rechten Szene mit Kanzlei im unterfränkischen Main-Spessart-Kreis. Dieser ist wegen seiner Funktionen und Auftritte für *Der Dritte Weg* bekannt und wurde in Bayern als juristischer Referendar nicht zugelassen. Grund: anhaltend verfassungsfeindliche Betätigung für zum Teil verbotene gewaltorientierte Organisationen wie das der Szene der *Kameradschaften* zuzuordnende *Freies Netz Süd*.

Die Bundeszentrale für politische Bildung führt zur Szene aus: „*Kameradschaften* waren fast zwei Jahrzehnte lang eine Strategie, die Rechtsextreme vor Verboten oder dem Ausheben ihrer Netzwerke schützen sollte. Nach dem Aufdecken des *NSU* gingen Behörden verstärkt gegen solche *Freien Kräfte* vor“.



Matthias Bauernfeind war Landtagskandidat für die *NPD* und ist stellvertretender Gebietsleiter Süd beim *Dritten Weg* (siehe Bildzitat). *Der Dritte Weg* ist eine rechtsextreme Kleinpartei, die zuletzt auch im Landkreis Konstanz mit Aktionen auffiel. Sie unterhält am Bodensee einen Stützpunkt und trifft sich in Radolfzell regelmäßig.

Fazit

Aus unserer Sicht arbeitet die *AfD*-Kreisfraktion mit dem Landtagsabgeordneten Bernhard Eisenhut (Singen) und dem aktuellen Kandidaten Steffen Jahnke (Konstanz) mit Akteuren und Funktionären von Neonazi-Organisationen wie der *Identitären Bewegung (IB)* und dem *Dritten Weg* ohne Berührungsängste zusammen. Dies ist Beleg dafür, dass sie persönlich und ihr Kreisverband gesichert rechtsextrem sind. Die *AfD* im Kreis liefert Indizien für ein erfolgreiches Verbotsverfahren gegen die *AfD*. Nicht die „bösen“ Medien, die demokratischen Parteien oder Demokratie-Initiativen sorgen für ein Verbot der *AfD*, sondern einzig und allein sie selbst mit ihrem Verhalten zwingen rechtsstaatliche Institutionen, ein Verbot nach Artikel 21, Absatz 2 GG beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“



© Kampagne AfD-Verbot-jetzt, Berlin

In illegalen Aktionen der *Identitären Bewegung* beispielsweise in Stuttgart und Karlsruhe wurde die Beflaggung mit Deutschlandfahnen an öffentlichen Gebäuden thematisiert und spektakulär mit „Schwarz-Rot-Gold“-Symbolik von der Organisation propagiert. Über eine diesbezügliche Strafermittlung gegen Marius Keipp haben wir auf Seite 43 berichtet.

Die *AfD* hat 2025 das gesetzte Thema der Beflaggung an verschiedenen Orten im Bundesgebiet aufgegriffen und in die Parlamente getragen. In der letzten Kreistagssitzung vor Redaktionsschluss dieses Magazins beantragte die *AfD* in Konstanz, „Schulen in Trägerschaft des Landkreises ganzjährig mit Nationalfahnen zu beflaggen“. In einer Wortmeldung wunderte sich der *AfD*-Fraktionsvorsitzende Michael Stauch, „dass nicht schon längst jemand dafür gesorgt hat“.

Kreistagssitzung vom 8. Dezember 2025.



Die Grundbotschaft ihres Antrags zum Flaggenkult lautet: „Unser Land, unsere Regeln“. Gerade für die „Integration von Einwanderern“, laut Stauch der größten Aufgabe für das Land, sei die Nationalfahne unverzichtbar.

In Zeiten, in denen „linksversifft verwehrte Jugendliche“ völlig straffrei agieren würden, sei die Fahne genau das richtige Symbol, um „diesen vaterlandslosen Gesellen einmal Respekt beizubringen“, so Stauch im Rat, und er ergänzt: „Wer unsere schwarz-rot-goldene Nationalfahne verunehrt, der sollte die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.“

Alter Wein aus neuen Schläuchen – *Generation Deutschland*

Bei der Neugründung der *AfD*-Jugendorganisation am 29. November 2025 im hessischen Gießen machten Gründungsmitglieder und Vertreter:innen der Mutterpartei nicht einmal den Versuch zu verbergen, dass sie „alten Wein in neuen Schläuchen“ verkaufen. Die *Junge Alternative (JA)* war gesichert rechtsextrem, die *Generation Deutschland* ist gesichert rechtsextrem.

Der neue Vorsitzende Jean-Pascal Hohm ist 1997 geboren. Er ist *AfD*-Landtagsabgeordneter in Brandenburg und für die Verfassungsschutzbehörden ein bekannter Rechtsextremer. Hohm weigerte sich auf der Gründungsversammlung, sich von Gruppierungen und Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum zu distanzieren. Ganz im Gegenteil: Der erste Vorsitzende der *Generation Deutschland* sieht *Identitäre* und andere Radikale als wichtige „Organisationen im Vorfeld“ der *AfD*. Auch der Konstanzer *Identitäre* Dominik Böhler war in Gießen anwesend.

Jean-Pascal Hohm sieht die neue Jugendorganisation als „Kaderschmiede“ für die Partei, um „künftiges Führungspersonal“ zu rekrutieren, wenn die *AfD* in Verantwortung für den Staat kommt. Das heißt nichts anderes, als dass



Dieses Bildzitat belegt die ungebrochene Nähe von Bernhard Eisenhut (MdL) zu der im März 2025 aufgelösten JA. Eine „AfD-Jugend BW“ gab es offiziell nie. Der Zusatz „Südbaden“ erinnert an das JA-Büro Südbaden in den Räumen des Landtagsabgeordneten in Singen. Interessant hier auch die E-mail-Adresse zur Anmeldung: Sander Perón war der letzte Landesvorsitzende der gesichert rechtsextremen JA Baden-Württemberg. Das Treffen „in der Umgebung von Singen“ fand in zeitlicher Nähe zur Gründung der *Generation Deutschland* als Nachfolgeorganisation der vom Verbot bedrohten JA statt.

Personal aus rechtsextremen und gewaltbereiten Nazi-Organisationen künftig die *AfD* führen und Verantwortung in Regierungen und Staat übernehmen soll. Damit bettelt die *Generation Deutschland* praktisch um ein Verbot der *AfD*.

Social Media am Beispiel Axel Politz

Analysiert man den *Facebook*-Account des Rielasingner „Hop-on-hop-off“-Gemeinderats Axel Politz über die letzten zwei Jahre, zeigt sich exemplarisch die gesellschaftliche Spaltung durch das *AfD*-Umfeld, befeuert von der Partei.

Axel Politzs Beiträge enthalten wiederholt abwertende und verhöhnende Inhalte gegenüber Andersdenkenden und Frauen. Bitterböse lachen soll man über jene, die anderer Meinung,

Herkunft, Religion oder eben nicht „Deutschland, aber normal“ sind. Besonders starke Frauen außerhalb der *AfD*-Blase treffen seine frauenfeindliche Verachtung und Hetze. Inklusive Body-shaming, Beleidigungen und Erniedrigungen, das ganze toxische Programm.

Neben seiner Liebe für die Musik mit Gitarre und Gesang zeigt er in seinen Beiträgen immer wieder den Hass gegen Fremde, Frauen und selbst definierten „Eliten“. Regelmäßig postet er rassistische



„Team Remigration“ als Facebook-Profilbild bei Axel Politz: Er greift darin die Debatte nach dem Geheimgespräch in Potsdam auf und bekennt sich zum „Team Remigration“. Er wirkt so daran mit, das Konzept der massenhaften Abschiebung von Menschen aus unserer Gesellschaft aussprechbar zu machen und den Begriff im politischen Diskurs zu etablieren. Das ist ein von Martin Sellner ausgesprochenes Ziel der Identitären Bewegung.



Bildzitat: Siehe nebenstehende Beschreibung.

oder islamfeindliche Beiträge und Kommentare, meist als sarkastische „Witze“ getarnt. Er warnt vor migrantischen Straftätern oder, wie zuletzt an Heiligabend 2025, vor „komischen Typen“ und stellt dazu Fotos von Fremden ins Netz: „Nicht mal zu Weihnachten hat man hier noch Ruhe.“

Dabei handelte es sich um eine gezielte Angstmache. Bei Politz wurden die „Typen“ angeblich beim Auskundschaften von Anwesen in Rielasingen-Worblingen gesehen. Gleichzeitig aber auch in Osthessen, Stendal und überall in der „bedrohten“ Republik. „Nicht mal zu Weihnachten hat man hier noch Ruhe“ – vor AfD-Fake.

Politzs Spott trifft gleichermaßen Personen des öffentlichen Lebens und aus den Medien, die ihm nicht passen oder sich offen gegen die AfD stellen, wie die *OMAS GEGEN RECHTS*. Politiker:innen-Bashing von links über Rot-Grün bis CDU sind auf seinem Account dabei als Ziel besonders beliebt. Auch über unseren gegenderten Text müsste er jetzt ganz furchtbar laut lachen. Eine kleine, regionale Facebook-Blase feiert ihn, wähnt ihn im Recht.

Mitte Mai 2024 postete Politz unmittelbar nach dem Urteilsspruch des Landgerichts Halle gegen Björn Höcke einen Beitrag, in dem er sich auf die Straftat bezieht. Der Thüringer Parteichef der AfD wurde wegen der Verwendung einer verbotenen SA-Losung in einer seiner Wahlkampfreden verurteilt. Axel Politz verwendete in seinem Post ebenso die Losung der SA, „Alles für Deutschland“, in einer Kombination aus Text und Bild: „Alles für“ – Deutschlandfahne – „Höcke“.

Weitere Posts beziehen sich auf Nazi-Gesänge, „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ auf Sylt. In einem postet Politz eine Instrumental-Version des Liedes und merkt an: „Tja, wenn Politik- und Medienvertreter lächerlicher sind als das, was sie anprangern... Und dazu kommt, dass nun viele, die sonst gar nichts davon mitbekommen hätten, dieses Lied hören und den Ohrwurm ums Verr... nicht mehr loswerden.“

Politz hat die Facebook-Seite *NPD Konstanz-Bodensee* mit „Gefällt mir“ markiert; die NPD wird vielfach als rechtsextrem eingeordnet. Die *Bundeszentrale für politische Bildung* führt über die NPD aus: „Ihr völkisches Weltbild sowie ihre rassistischen und antisemitischen Positionen weisen Parallelen zum Nationalsozialismus auf.“

Axel Politz steht hier nur stellvertretend für die gesellschaftliche Spaltung in den Sozialen Medien. Rechtsextreme oder Gläubige von Verschwörungserzählungen verfestigen in ihren Blasen ideologische Sichtweisen und falsche Behauptungen. Dieses Phänomen tritt dutzendfach in Foren wie beispielsweise der Facebook-Plattform *Konstanzer Stadtgeschehen* auf.



Die AfD im Bodenseekreis

© Shutterstock

Die AfD-Verbände Konstanz und Bodenseekreis pflegen auffällig wenig Kontakt miteinander, und dies ganz offensichtlich nicht nur, weil „der See trennt“. Zwischen Alice Weidel und Björn Höcke gab es innerhalb der Partei immer wieder Differenzen. Während der Kreisverband Konstanz durchaus als Höcke-nah bezeichnet werden kann, steht ihr eigener Wahlkreis zur Bundesvorsitzenden Alice Weidel.

2018 machte jedoch eine von Alice Weidel eingeladene Besuchergruppe der beiden baden-württembergischen Landkreise am Bodensee Schlagzeilen: Die AfD-Mitglieder benahmen sich im KZ Sachsenhausen offensichtlich mehr als daneben. Die Führung wurde wegen „antisemitischer und historisch unhaltbarer Äußerungen“ abgebrochen, so die KZ-Gedenkstättenleitung. Doch dazu im Folgenden unter „AfD vom Bodensee benutzt das KZ Sachsenhausen zur rechtsextremen Bühne“ mehr.

In beiden Kreisverbänden finden sich dokumentierte Fälle kontroverser, teils extrem rechter Äußerungen und strafrechtlich relevanter Vorgänge. Daher lohnt sich der Blick über den Uferrand Richtung Überlingen, Meersburg und Friedrichshafen allemal.

**Alice Weidel –
das Phantom „vom Bodensee“**

**„Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“
Alice Weidel in der Aussprache zum Etatentwurf 2018 im Deutschen Bundestag.**

Diese diskriminierende Hetze brachte Alice Weidel einen Ordnungsruf im Deutschen Bundestag ein. Sie selbst nimmt es als Ausländerin in der Schweiz mit „Recht und Ordnung“ nicht so genau. 2017 beschäftigte sie an ihrem Schweizer Wohnort Biel eine syrische Asylbewerberin als Haushaltshilfe, ohne Arbeitsvertrag und ohne Anmeldung bei der Sozialversicherung. Das Wochenmagazin *Die Zeit* zitierte die bedienstete Frau, sie habe das Geld von Alice Weidel jeweils in bar erhalten. Die deutsche Politikerin bestritt hingegen den Vorwurf, die Asylbewerberin schwarz beschäftigt zu haben.

Alice Weidels Widersprüche zwischen der Politik, die sie vertritt, und ihrer Lebensrealität sind offensichtlich. Sie lebt in einer Familie mit zwei Söhnen ihrer Partnerin, in einer gleichgeschlechtlichen eingetragenen Lebenspartnerschaft mit einer in Sri Lanka geborenen Frau mit Schweizer Staatszugehörigkeit.

**„Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben Remigration.“
Alice Weidel auf dem Bundesparteitag in Riesa 2025**

Wäre Alice Weidel nicht die Vorsitzende einer völkischen, extrem fremdenfeindlichen und homophoben Partei, wäre dies ihre Privatsache. So stellen sich jedoch Fragen von öffentlichem Interesse.

Angesprochen auf die Ungereimtheiten betreffend ihren Wohnsitzes, reagiert Weidel gereizt. Ihre Aussagen dazu sind widersprüchlich und nicht transparent. Mal soll ihr Erstwohnsitz in ihrem Wahlkreis in Überlingen sein, mal bei ihrer Partnerin in Einsiedeln in der Innerschweiz, oder mal, so schweizerische Steuerbehörden, war sie in Biel im Kanton Bern gemeldet.

Der stellvertretende Kandidat für die Landtagswahl 2026 aus ihrem Wahlkreis, Berthold Bohner, sagte 2025 jedenfalls im Interview mit einem Internetforum, Weidels Vater wohne im Bodensee-Kreis. Auf die Frage: „Und sie selbst?“ antwortete er im Video: „Nein, sie wohnt in Einsiedeln.“

*Der idyllische Lebensmittelpunkt der Migrantin Alice Weidel ist Einsiedeln in der Innerschweiz. Hier lebt sie mit ihrer Regenbogen-Patchworkfamilie und pendelt zur Arbeit nach Deutschland.
CC ModriDirkac, wikipedia*



Illegale Parteispenden wurden über den AfD-Kreisverband abgewickelt

Im Dunkeln lässt Alice Weidel bis heute auch die Hintergründe von Geldflüssen über 132.000 Euro aus der Schweiz. Die illegale Parteispende ging auf das Konto des Kreisverbands Bodenseekreis, Verwendungszweck „Wahlkampfspende Alice Weidel Social Media“. Im sogenannten AfD-Spendenskandal von 2017 ermittelte die Staatsanwaltschaft Konstanz.

Die Spenden kamen in kleinen Tranchen von der Zürcher *PharmaWholesale International AG*. Die wahren Spender:innen sind der Öffentlichkeit nicht bekannt. Das Schweizer Pharmaunternehmen fungierte lediglich als „Strohmann“. Alice Weidel und ihre Partei schweigen sich zur Herkunft der Spenden bis heute aus.

Es gehört zur Strategie der AfD, sich bei eigenem Fehlverhalten als Opfer staatlicher Repression oder der Medien zu inszenieren. In Bezug auf ihre Verstöße gegen das Parteienfinanzierungsgesetz hat Alice Weidel sich als Opfer einer gezielten Diffamierungskampagne dargestellt und den Behörden „Doppelmoral“ vorgeworfen. Die gemeinnützige NGO *Lobby Control* kritisiert hingegen: „Die AfD sollte aufhören, gegen die Transparenzregeln für Parteien zu kämpfen, sondern reinen Tisch machen.“

Das Verwaltungsgericht Berlin sah 2021 Verstöße gegen das Parteiengesetz. Die Staatsanwaltschaft Konstanz stellte im September 2021 das Verfahren gegen Weidel ein, da kein hinreichender Tatverdacht für eine persönliche strafrechtliche Verantwortlichkeit vorlag.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigte im März 2023 die illegale Parteispende und die gegenüber der AfD festgesetzten Sanktionen von rund 396.000 Euro, was dem dreifachen des illegalen Spendenbetrags entspricht.



Die langen Schatten des Dr. Hans Hausberger

Einer der engen Mitstreiter aus Alice Weidels Bodenseekreis ist Hans Hausberger, wohnhaft in Überlingen. Er ist Beisitzer im Kreisvorstand der Partei und Weidels Mann in der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung*. Im parteiinternen Streit um eine Stiftung setzte sich Weidel gegen Alexander Gauland im Parteivorstand durch.

Der Spiegel schrieb im Mai 2018 dazu: „Fraktionschefin Alice Weidel will die *Erasmus-Stiftung* durchsetzen, die von der ehemaligen CDU-Politikerin Erika Steinbach angeführt wird. Hier zieht Hans Hausberger die Fäden, ein Österreicher mit Wohnsitz am Bodensee und offenbar Vertrauter Weidels, der vor Jahren schon *Die Republikaner* bei der Gründung einer Stiftung zu unterstützen versuchte.“

Vorsitzende der Stiftung mit Sitz in Lübeck ist heute die ehemalige Präsidentin des *Bundes der Vertriebenen (BdV)*, Erika Steinbach. Sie vertrat als CDU-Bundestagsabgeordnete seit 1990 den Wahlkreis Frankfurt am Main, verließ 2017 jedoch die CDU/CSU-Fraktion und trat 2022 in die AfD ein.

Die Vita des Rechtsextremen Hans Hausberger reicht vom Ring Freiheitlicher Studenten und der Partei Die Republikaner bis zur AfD.



© Foto Jürgen Weber, 2026

Hans Hausberger ist nun Steinbachs Beisitzer im Vorstand der *Desiderius-Erasmus-Stiftung*. Hausbergers rechtsradikale Vita reicht weit über *Die Republikaner (REP)* hinaus. Er stammt aus Amstetten in Niederösterreich und ist in der rechtsnationalen, FPÖ-nahen Szene sozialisiert.

Hausberger studierte in Köln und war Funktionär im *Ring Freiheitlicher Studenten Deutschland (rfs)*. Ein Sammelbecken rechtsradikaler Burschenschaften, das versuchte, Einfluss auf die Studierendenvertretungen zu gewinnen und in den Universitäten Fuß zu fassen. Inhaltlich vertrat der *rfs* eine extrem völkisch-nationalistische Ideologie mit neofaschistischen Tendenzen und Nähe zur *NPD*. Der *rfs Deutschland* wurde nach dem Vorbild des *Rings Freiheitlicher Studenten Österreichs* aufgebaut. Der Österreicher Hausberger war in den Jahren 1981 und 1982 *rfs*-Bundesvorsitzender in Deutschland.

1987 trat der *Ring Freiheitlicher Studenten Deutschland* geschlossen in die neue Schönhuber-Partei *Die Republikaner* ein. Von 1992 bis 2001 war die Partei im Landtag von Baden-Württemberg und in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten, so auch im Konstanzer Gemeinderat.

In einem Gespräch mit dem *Berliner Tagesspiegel* bezeichnet sich Hausberger als „Wirtschaftsprofessor“. Dafür lassen sich in dessen Ausbildung und Tätigkeit keine Belege finden. Hausberger ist nach vorliegenden Angaben seit Jahren überschuldet.



Zu seinen Aufgaben als Beisitzer des Stiftungsvorstandes gehört es beispielsweise, die Geschäfte und die Erfüllung aller rechtlichen und steuerrechtlichen Pflichten zu kontrollieren. Angesichts von Hausbergers Rolle als *DES*-Beisitzer und seiner Vita liegt die Einschätzung nahe, dass ideologische Nähe für Weidel relevanter war als fachliche Finanzkompetenz. Hausberger trat am 8. Januar 2026 beim Stammtisch der *AfD* im Bodenseekreis im Hof Neuhaus in Überlingen als Referent zum Thema „Defizitäre Demokratie“ auf.

***AfD* vom Bodensee benutzt das KZ-Sachsenhausen zur rechtsextremen Bühne**

Ausgerechnet auf dem Boden eines Konzentrationslagers wollten am 10. Juli 2018 *AfD*-Mitglieder der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis auf Einladung von Alice Weidel die deutsche Geschichte „zurechtrücken“. Auch der Kreisvorsitzende des Bodenseekreises, Detlev Gallandt, gehörte zur Besucherguppe.

Die Führung wurde abgebrochen, nachdem nach übereinstimmenden bundesweiten Presseberichten die Verbrechen der Nazis in dem Konzentrationslager durch Vergleiche mit angeblichen Verbrechen der Alliierten relativiert sowie Zweifel an der technischen Durchführung der Massenmorde geäußert wurden.

Der Sprecher der Gedenkstätten-Stiftung, Horst Seferens, hielt die Aktion für eine gut vorbereitete Provokation. „Dabei wurde nach unserer Wahrnehmung die Grenze zu strafbaren Äußerungen bewusst nicht überschritten“, sagte Seferens.

Der Guide der Gedenkstätte sei permanent mit aggressiven Störungen unterbrochen worden, und die Besucher von der *AfD* hätten die Bühne des Konzentrationslagers für „verfestigte revisionistische“ Erzählungen benutzt, so der Sprecher der Gedenkstätten-Stiftung.



In einem Bericht des *Berliner Tagesspiegels* heißt es: „Als der Guide über die 1943 eingerichtete Gaskammer berichtete, kam wiederum eine Nachfrage: ‚Und wie wurde die betrieben? Mit Zyklon B?‘ Auf die Antwort des Guides, dass in Sachsenhausen ein flüssiges Blausäurepräparat verwendet wurde, sagte dieselbe Person: ‚Und das glauben Sie?‘“

Hans Hausberger, der die Besuchergruppe begleitete, äußerte sich im gleichen Bericht, dass die Fragen seiner Teilnehmenden „nicht zu beanstanden“ gewesen seien, und stellt seinerseits den Guide als überfordert und gereizt dar.

Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht Oranienburg kamen zu einem anderen Schluss. Nach Medienberichten wurde im Oktober 2019 im Nachgang der Veranstaltung ein Strafbefehl gegen einen 69-jährigen Teilnehmer aus dem Bodenseekreis wegen Volksverhetzung und Störung der Totenruhe rechtskräftig. Er hatte während der Führung im KZ Sachsenhausen den Holocaust geleugnet und unter anderem behauptet, Gaskammern habe es nur in den USA gegeben.

Auch zu den Entgleisungen ihrer Besuchergruppe schweigt Alice Weidel bis heute, trotz Nachfragen zahlreicher Medienorgane und Reaktionen der anderen Fraktionen, des Bundestagspräsidenten und des Ältestenrats im Bundestag.

Sicherheitsbeauftragter für die AfD im Bundestag aus Friedrichshafen ist vorbestraft

Philipp Roensch aus Friedrichshafen war bis Oktober 2025 Sicherheitsbeauftragter der AfD-Bundestagsfraktion und besaß einen Hausausweis im Deutschen Parlament.

Roensch war zudem AfD-Ortsvorsitzender in Friedrichshafen und Beisitzer im Kreisvorstand der Partei. Der Mitarbeiter der Bundestagsfraktion war seit 2023 vorbestraft, wie *Der Spiegel* im September 2025 veröffentlichte: „Demnach hatte R. im Februar 2022 Bewohner einer Asylbewerberunterkunft in Friedrichshafen rassistisch beleidigt, mit einer Schreckschusswaffe bedroht und damit geschossen. Anschließend war er angetrunken mit dem Auto gefahren. Als ihn die Polizei stoppte, fanden die Beamten einen Schlagstock und weitere verbotene Gegenstände.“

In einer gemeinsamen Pressemitteilung des Polizeipräsidiums und der Staatsanwaltschaft Ravensburg unmittelbar nach der Tat im Februar 2022 habe Philipp Roensch nach einer Kneipentour in den frühen Morgenstunden zwei Asylbewerber vor der Unterkunft in der Paulinenstraße in Friedrichshafen fremdenfeindlich beleidigt. Einer seiner Begleiter versuchte noch, den Mann zu beruhigen. Dieser habe dennoch eine Waffe aus seinem Auto geholt, damit in Richtung der zwei Bewohner gezielt und auch einen Schuss abgegeben. Danach entfernte sich der betrunkene Beschuldigte am Steuer seines Autos. Polizeibeamte stoppten den Mann nach kurzer Zeit im Stadtgebiet und nahmen ihn vorläufig fest. Die Ermittler fanden in seinem Fahrzeug einen griffbereiten Schlagstock und im Kofferraum eine Tasche, in der sich ein Tierabwehrspray und ein Schlagring befanden.

Die Straftaten von Philipp Roensch waren also bereits nach der Tat und erst recht nach den Gerichtsverfahren vor dem Amtsgericht Tettnang und dem Landgericht Ravensburg hinreichend öffentlich bekannt. Nach dem *Spiegel*-Bericht hat die Bundestagsverwaltung den Hausausweis des AfD-Sicherheitsbeauftragten gesperrt und ihm den Zutritt zum Deutschen Bundestag verweigert. Erst dann reagierte auch die AfD-Fraktion mit Entlassung ihres Mitarbeiters.

AfD-Alleinstellungsmerkmal: „kriminelles Führungspersonal“ in Waldshut, Konstanz und Friedrichshafen

Ohne dies bagatellisieren zu wollen, sprechen wir hier nicht von Volksverhetzung oder Leugnung des Holocausts wie beim ehemaligen AfD-Landtagsabgeordneten und langjährigen Kreisvorsitzenden Wolfgang Gedeon. Wir sprechen nun von Straftatbeständen mit hoher krimineller Energie.

In AfD-Kreisverbänden der Region gerieten Führungspersonen in die Schlagzeilen, weil sie entweder bereits vorbestraft waren oder als AfD-Funktionäre strafrechtlich in Erscheinung traten: Andrea Zürcher, Kreisvorsitzende in Waldshut und ehemalige 2. Vorsitzende im Kreisverband Konstanz, André Rehm, Ortsvorsitzender und designierter Gemeinderat in Singen und Philipp Roensch, Ortsvorsitzender in Friedrichshafen, Beisitzer im Kreisvorstand Bodenseekreis und Mitarbeiter der AfD-Bundestagsfraktion in Berlin.



Alle drei bedrohten Menschen mit Schusswaffen und machten sich weiterer Straftaten schuldig:

Andrea Zürcher wurde 2025 wegen Freiheitsberaubung und Nötigung vom Amtsgericht Waldshut-Tiengen zu 50 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt.

André Rehm kam mehrfach mit dem Strafgesetz in Konflikt und wurde 2025 vom Landgericht Konstanz wegen gefährlicher Körperverletzung, versuchter Nötigung und Bedrohung zu elf Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Philipp Roensch wurde 2023 vom Landgericht Ravensburg rechtskräftig wegen Bedrohung, unerlaubten Waffenbesitzes und Trunkenheit im Straßenverkehr zu 175 Tagessätzen verurteilt und ist seitdem vorbestraft.

Dieses Bildzitat zeigt, wie sich die AfD als die politische Kraft der „Inneren Sicherheit“ darzustellen versucht: „Die Bürger sollen in Sicherheit leben, nicht die Verbrecher“. Täter würden nicht verurteilt, so die Behauptung. An den Beispielen der zahlreichen Straftäter:innen in Reihen der AfD zeigt sich jedoch, dass Strafverfolgung und Justiz gute Arbeit leisten.

Alle drei mussten erst nach öffentlichen Berichten über ihre Straftaten ihre Mandate und Parteiämter ruhen lassen, sie aufgeben oder aus der Partei austreten.

In welchen Milieus sich regionale AfD-Funktionäre bewegen, obwohl sich die AfD offiziell als die „Partei für innere Sicherheit und Ordnung“ inszeniert, kommentieren wir hier nicht, wir lassen die Fakten für sich sprechen. Jedenfalls scheint bei der AfD der Grundsatz zu herrschen: „Straftäter konsequent abschieben: ja. Straftäter konsequent aus der Partei ausschließen: nein.“



**Im aktuellsten Verfassungsschutzbericht
2024 Baden-Württemberg
wird die Entwicklung der AfD im Land
so beschrieben:**

„In der AfD BW vertreten extremistische Kräfte ein ethnisch-homogenes Volksverständnis, das im Widerspruch zur Garantie der Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz und den Diskriminierungsverboten nach Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz steht.

Es existieren Anhaltspunkte, dass diese Kräfte die Diskriminierung und rechtliche Benachteiligung bestimmter Personengruppen anstreben, darunter deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund oder Personen muslimischen Glaubens.

Außerdem äußern sie Positionen, die mit dem Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip unvereinbar sind. Dazu zählen Vergleiche der aktuellen Regierung mit Diktaturen und die Behauptung demokratisch legitimierte Entscheidungsträger wollten der Bevölkerung absichtlich schaden.“

© Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Pressestelle



Landtagswahl am 8. März 2026:

Wie extrem rechts wird im Landkreis Konstanz gewählt?
Wählt die Anhängerschaft der *AfD* weiter Kandidat:innen
mit anhängigen Strafverfahren?

Die Kandidaten der *AfD* zur Landtagswahl im März 2026, Bernhard Eisenhut, sein Ersatzkandidat in Singen, Michael Stauch, sowie Steffen Jahnke im Wahlkreis Konstanz ordnen wir dem rechten Flügel der Partei zu. Dies haben wir in diesem Magazin mit zahlreichen Fakten belegt. Damit passen sie bestens zum Spitzenkandidaten der *AfD*, Markus Frohnmaier, der Ministerpräsident in Baden-Württemberg werden will. Doch wie viele Wahlberechtigte im Landkreis Konstanz sind bereit, extrem rechts zu wählen? Michael Stauch ist in einer Medienmitteilung zuversichtlich: „Die Kandidaten der Kartellparteien bieten keine adäquaten Lösungen. Die *AfD* mit Bernhard Eisenhut ist die einzige Alternative – wir wollen das Direktmandat am *Hontes* gewinnen!“.

Wieder hat es ein *AfD*-Politiker aus dem Wahlkreis Singen mit der Justiz zu tun.

Eine weitere Unbekannte beim Ausgang der Wahl ist ein anstehendes Strafverfahren gegen Bernhard Eisenhut (MdL, Wahlkreis Singen).

Nach einer *SWR*-Meldung ist derzeit unklar, ob der Landtag seine Immunität aufgehoben hat.

Vor rund 50 Zuhörerinnen und Zuhörern soll der Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Singen in Bezug auf Ausländer gesagt haben:

„Die tollen Fachkräfte, die wir jetzt hier haben, das wird wohl nichts. Das sind ja eigentlich nur Fachkräfte im Messerstechen und Vergewaltigen.“

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung.



Markus Frohnmaier

Markus Frohnmaier wurde 1991 in Craiova (Rumänien) geboren. Er heiratete eine russische Journalistin. Die Familie Frohnmaier lebt heute in Weil der Stadt (Landkreis Böblingen).

Die Online-Enzyklopädie *Wikipedia* trägt zusammen, dass „Frohnmaier in seinem Abgeordnetenbüro mehrere Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum beschäftigt. Auch seine eigenen Positionen sind offen rechtsextrem und xenophob.“

Frohnmaier ist Gründer der *Jungen Alternative (JA)* in Baden-Württemberg und amtierte mehrfach als deren Landesvorsitzender. Von 2015 bis 2018 war er Bundesvorsitzender der JA. Markus Frohnmaier sitzt seit 2017 im Deutschen Bundestag (Wahlkreis Böblingen) und führt seit 2022 die *AfD* in Baden-Württemberg als ihr Vorsitzender.

Im September 2025 machte er Schlagzeilen, als der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer medienwirksam ein so genanntes „Streitgespräch“ mit Frohnmaier führte.

Wegen seiner Russland-Kontakte geriet der heutige Landesvorsitzende der *AfD* in Baden-Württemberg 2019 ins Blickfeld des Rechercheteams von *BBC*, *ZDF*, *Spiegel* und *La Repubblica*. Demnach baue die Regierung der Russischen Föderation auf Frohnmaier,

wenn dieser bei der Bundestagswahl 2017 ein Mandat erringen sollte. „Wir werden unseren eigenen, absolut kontrollierten Abgeordneten im Bundestag haben“, so wird das Büro des russischen Duma-Abgeordneten Viktor Schreider zitiert.

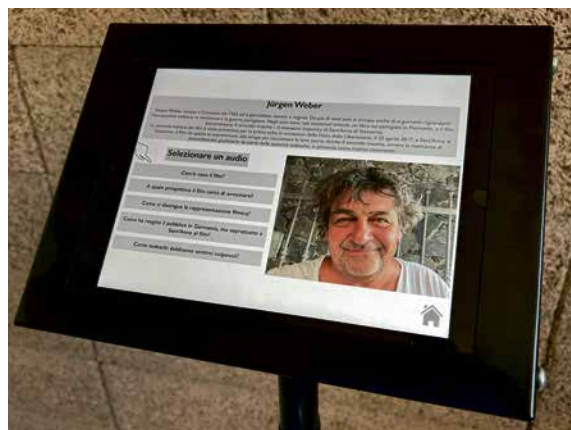
Frohnmaier kam 2017 nicht nur in den Deutschen Bundestag, sondern er ist heute stellvertretender Vorsitzender der *AfD*-Bundestagsfraktion. In einem Strategiepapier der Präsidialverwaltung von Staatschef Wladimir Putin hies es, Frohnmaier werde ein „unter absoluter Kontrolle stehender Abgeordneter sein“. Frohnmaier sitzt aktuell für die *AfD*-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags.

Nicht nur wegen seiner Russland-Connection ist der *AfD*-Politiker in den Fokus des Bundesamtes für Verfassungsschutz geraten. Das Amt bescheinigt Frohnmaier direkte Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene.

Er legitimiere „Angriffe auf das staatliche Gewaltmonopol“. In einem *Facebook*-Beitrag wirbt Frohnmaier dafür, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts politisch zu korrigieren. In der Flüchtlingsdebatte fordert er, die Menschenwürdegarantie in Artikel 1 des Grundgesetzes nicht mehr auf alle Menschen anzuwenden. Der Verfassungsschutz bezeichnet diese Positionen Frohnmaiers als „verfassungswidrig“.



In einer ausgebuchten Vortragsreihe „Die AfD und die rechtsradikale Szene in der Region“ machten Wolfgang Moßmann und Jürgen Weber vom Konstanzer Recherche team im Januar 2026 in Konstanz, Stockach, Singen, Tengen, Weiler/Höri und Radolfzell Station. Einen Podcast dieses Formates finden Sie unter www.konstanz-fuer-demokratie.de.



Die Ausstellung „ÜberLeben erzählen“ von Studierenden der Universität Konstanz wurde in Sant'Anna di Stazzema, Stuttgart und Konstanz gezeigt. Jürgen Weber wurde darin zu seiner dokumentarischen Arbeit zur juristischen Aufarbeitung des Massakers im Dokumentarfilm „Das zweite Trauma“ befragt.

Wer steckt hinter dieser Recherche?

Das Team dieser Recherche bilden Jürgen Weber und Wolfgang Moßmann. Sie arbeiten bereits an einer Fortsetzung der Veröffentlichung. In einem zweiten Teil werden sie sich dem Umfeld und den rechtsradikalen „Vorfeld“-Organisationen der AfD in der Region zuwenden.

Wolfgang Moßmann ist Maschinenbauingenieur und seit vielen Jahren in sozialen Bewegungen aktiv. Er ist wie Weber seit der Gründung im Bündnis *Konstanz für Demokratie* engagiert.

Herausgeber und Autor dieses ersten Teils der Recherche ist Jürgen Weber aus Konstanz. Seit den 1990er-Jahren beschäftigt sich der Journalist und Filmemacher mit Themen zur Aufarbeitung und der Gedenkarbeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Faschismus in Europa. So entstanden unter anderem die Dokumentarfilme „Wie Dachau an den See kam...“, „Resistenza im Piemont“ und zuletzt „Das zweite Trauma – das unge-sühnte Massaker von Sant’ Anna di Stazzema“ mit einer Kinoauswertung im deutschsprachigen Raum und in Italien.

Im Kontext Schule ist dieser über die öffentlichen Medienzentren zugänglich, in Baden-Württemberg über die *SESAM*-Mediathek des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg. Jürgen Weber hat zahlreiche Drehbücher für den Bestand der Medienzentren oder beispielsweise für die *Bundesanstalt für Arbeit* oder die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)* geschaffen. Strukturen, die im Kulturkampf der AfD angegriffen werden sollen.

Recherchereisen führten Weber beispielsweise nach Italien, Spanien, Ungarn, auf den Balkan, nach Griechenland und in den Osten der Türkei. Dokumentarisch setzte er immer wieder zeitgeschichtliche und aktuelle Schlaglichter auf die Hintergründe von Lebensverhältnissen, Flucht und Vertreibung, schleichender Faschisierung und auf eine fast vergessene Opfergruppe des NS-Regimes, die europäischen Sinti und Roma.

Wie steht es um die **Demokratie** in meiner Region?

Wo soll ich mich **informieren**?

Was könnte ich **lesen, sehen, hören**?

Wer **blickt** bei all den Terminen und **Angeboten** noch durch?

Was hilft gegen Einsamkeit, Unsicherheit,
Frust und **Ohnmachtsgefühle**?

Wohin mit schierem **Tatendrang**?

Wie kann ich mich **einbringen**?

Wo treffe ich **Gleichgesinnte** ... und was machen die bei
diesem **Bündnis** eigentlich die ganze Zeit?

Unser Newsletter bringt die Antworten, alle
zwei Wochen direkt in dein E-Mail-Postfach.

Aktionen, Ausstellungen, Bücher, Demos, Filme, Lesungen, Mahnwachen, Raves, Podien, Protestaktionen, Theater, Vorträge, Workshops, und und und ... das alles von informativ bis vergnüglich: Mit unserem regelmäßigen Update bewahrst du die Übersicht. Melde dich hier kostenlos an, bleib' auf dem Laufenden – und wer weiß? Vielleicht begegnen wir uns dann schon bald, irgendwo. Wir freuen uns drauf. **Gemeinsam sind wir mehr.**

Hier abonnieren



Was bei der Recherche über die AfD und ihre Verantwortlichen in der Region zutage kam, sollten Sie wissen.

Was Sie mit diesem Faktenwissen tun, ist in einer Demokratie Ihnen selbst überlassen. Wer zur Verfassung, zum Rechtsstaat und unserer pluralistischen Gesellschaft steht, sollte demokratische Grundwerte jedoch aktiv verteidigen, so lange er oder sie dies noch kann.

„Nie wieder ist jetzt“ ist Realität geworden.

Sie sind zur Teilnahme oder Unterstützung der regionalen Demokratie-Bündnisse herzlich eingeladen und willkommen.